Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig Nr. 20613. **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.75 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8.25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 12.00 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 4.80 M., einschließlich Inseratensteuer. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 42 | Dresden, Freitag den 20. Februar 1920 | 31. Jahrg.

Der Präsident

Die Vereinigten Staaten von Amerika erleben jetzt ihre innere Krise. Seitdem der Präsident Wilson nicht eben als diplomatischer Sieger, aber mit Ehrungen und Geschenken überhäuft zurückgekommen war, hat sich das rechte Verständnis zwischen ihm und den übrigen Organen der republikanischen Staatsgewalt nie wieder eingestellt. Noch immer hat Wilson die Ratifikation des Friedensvertrages nicht durchsetzen können, noch immer bedeutet die Einmischung in die europäischen Verhältnisse für ihn und sein Land nichts andres als eine Quelle immer neuer Schwierigkeiten. Amerika hat sich in den letzten Monaten in den europäischen Fragen so sehr zurückgehalten, daß man noch immer nicht weiß, wie es mit seiner Stellung im Völkerbund und in der Wiedergutmachungskommission werden soll. Aber die einzige europäische Frage, für die sich Wilson noch interessiert, die Adriafrage, hat zu Konflikten nach außen und innen geführt, weil Wilson beharrlich an dem serbischen Fiume festhält, während das übrige Amerika offenbar nicht das geringste Interesse daran hat, ob diese Hafenstadt serbisch oder italienisch oder sonst irgend etwas ist.

Wilson ist über seine auswärtige Politik in schärfsten Gegensatz zum Staatssekretär des Auswärtigen Lansing geraten und hat diesen durch ein schroffes Tadelschreiben zum Rücktritt gezwungen. Der Vorgang ist auch in der Geschichte der Vereinigten Staaten vereinzelt, aber keineswegs verfassungswidrig, da die Regierung dort doch nur ein Werkzeug des gewählten Präsidenten ist und vom Vertrauen der Volksvertretung nicht abhängt. Es ist aber kein Wunder, daß die Amerikaner diesen Zustand, durch den sie sich von allen andern demokratischen Ländern unterscheiden, nicht sehr erbaulich und doch nicht sehr demokratisch finden. Nach den letzten Nachrichten aus Neuyork scheint es fast, als würde sich dort eine Kanzlerdiktatur vorbereiten, die eher an die türkischen Palastrevolutionen von ehedem als an parlamentarisch-demokratische Gepflogenheiten erinnert. Die Neigung scheint nicht gering, den Präsidenten Wilson als einen amerikanischen Abdul Hamid zu betrachten, d. h. ihn einfach abzusetzen und als Nervenkranken zu behandeln, der er ja möglicherweise sogar auch ist.

Wenn uns in Deutschland diese Vorgänge lebhaft interessieren, so spielen dabei außenpolitische Gesichtspunkte keine so große Rolle wie innerpolitische. Das Verschwinden Wilsons von der politischen Bühne würde für Deutschland zunächst sehr wenig ändern. Desto mehr Grund haben wir aber, aus den neuesten amerikanischen Erfahrungen für unsre junge Demokratie zu lernen.

Unsre Verfassung bietet bekanntlich in bezug auf die Stellung des Reichspräsidenten eine Verbindung des amerikanischen und des französischen Systems. In Amerika wird der Präsident in indirekter Wahl gewählt, er bestimmt die Richtlinien der Politik und ernennt die Regierung ohne Rücksicht auf das Vertrauen des Parlaments. In Frankreich wird der Präsident vom Parlament, Kammer und Senat in gemeinsamer Sitzung, gewählt, er ist konstitutionelles Staatsoberhaupt und kann nur solche Regierungen ernennen oder im Amt behalten, die sich auf das Vertrauen der Kammer stützen können. Die Richtlinien der Politik werden nicht von ihm, sondern von der parlamentarischen Regierung bestimmt.

In Deutschland ist der erste Präsident von der Nationalversammlung gewählt worden, alle folgenden sollen aber laut Verfassung in direkter Volkswahl gewählt werden. Aber dieser vom Volk gewählte Präsident soll nicht selbstherrlich wie in Amerika, sondern konstitutionell wie in Frankreich sein, er ist bei der Bildung der Regierung an die Meinungen und Wünsche der Volksvertretung gebunden, und nicht er bestimmt die Richtlinien der Politik, sondern der dem Reichstag verantwortliche Reichskanzler.

Nicht mit Unrecht ist gefragt worden, wozu man bei der Wahl des Reichspräsidenten den großen Apparat einer allgemeinen Volksabstimmung in Bewegung setzen soll, wenn der Gewählte dann eine so bescheidene konstitutionelle Rolle zu spielen hat wie die Verfassung sie ihm vorschreibt. Nicht mit Unrecht ist auch die Sorge geäußert worden, künftige Präsidenten könnten, auf die Machtstellung gestützt, die ihnen die Volkswahl verleiht, dem Reichstag und der verantwortlichen Regierung gegenüber eine Rolle zu spielen versuchen, die der Verfassung nicht entspricht. Infolgedessen ist, besonders von demokratischer Seite, angeregt worden, man solle doch, bevor durch die Verabschiedung des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten starre Verhältnisse geschaffen werden, an eine Aenderung der Verfassung schreiten und es bei der Wahl des Präsidenten durch das Parlament belassen, wie sie bei der Wahl des ersten Präsidenten bereits erfolgt ist.

In einer Verfassungsänderung gehört aber Zweidrittelmehrheit der Nationalversammlung, und es ist fraglich, ob sie aufzubringen sein wird. Sehr möglich wäre es, daß bei dieser Gelegenheit auch noch andre Wünsche nach Aenderung der Verfassung nach Verwirklichung streben würden, die Nationalversammlung kann aber die am 1. August vorigen Jahres fertiggestellte Verfassung nicht zerstören, um sie wieder von Grund auf neu aufzubauen.

•

Untersuchung des Lansing-Falles?

Washington, 19. Februar. Maßgebende Kreise versichern, der Kongreß werde Maßnahmen anordnen, die die Wiederholung von Zwischenfällen wie der mit Lansing in Zukunft unmöglich machen. Die persönlichen Freunde Wilsons erklären, der Präsident habe den aufrichtigen Wunsch, daß in seinem Konflikt mit Lansing eine Untersuchung vorgenommen werde. In Regierungskreisen wird erklärt, daß der Präsident wünsche, daß künftighin kein Staatssekretär von sich aus mehr einen Kabinettsrat einberufe. Sämtliche Mitarbeiter Lansings bis auf den Marinesekretär Daniels wollen sich mit ihrem Kollegen solidarisch erklären.

Nach einer Washingtoner Meldung des New York World haben die Aerzte dem Präsidenten Wilson untersagt, den für gestern angesagten Ministerrat zu präsidieren.

Northcliffe für Wilson

Frankfurt, 20. Februar. Aus London wird gemeldet: Meldungen der Northcliff-Presse lassen vermuten, daß diese in der Adriafrage eher für den Präsidenten Wilson eintreten wird. Auch in den Vereinigten Staaten selbst soll Wilson nicht mehr so isoliert sein. Beachtenswert ist auch ein Artikel des Journal des Débats, der in der Adriafrage ebenfalls für den Präsidenten Partei ergreift und zugleich betont, daß die gegenwärtige Spannung nichts andres sei als eine weitere Frucht der unheilvollen Geheimpolitik.

Ein sozialdemokratischer Redakteur ermordet!

Wien, 19. Februar. Der Chefredakteur des Budapester sozialistischen Organs Nepszava, Genosse Somoghi, ist von der aus Offizieren bestehenden Brachialgewalt (Weißer Schrecken) ermordet worden. Er hatte am Montag in der Redaktion einen Artikel zur Abwehr von Angriffen des Ministerpräsidenten auf die Gewerkschaften geschrieben und war dann mit einem jungen Dichter namens Basto fortgegangen. Beide wurden nicht mehr gesehen. Ihre Leichen wurden jetzt aus der Donau gezogen. Sie weisen mehrere Wunden auf. Die Füße waren zusammengebunden und die Hosen aschen mit Steinen beschwert.

Somoghi war nicht Bolschewist, sondern Rechtssozialist. Die Nepszawa ist das altbekannte und hochangesehene Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Ungarns.

Die deutsch-russischen Beziehungen

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 20. Februar. Zur Frage der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland wird mitgeteilt, daß die Regierung Fühler ausgestreckt hat, um sich zu orientieren, wie sich die Sowjetregierung zu Deutschland stellt. Schwierigkeiten stehen insofern entgegen, als England einen Druck auf Deutschland ausüben kann. Rußland will, wie versichert wird, die Beziehungen zu Deutschland nicht eher aufnehmen, als bis der diplomatische Verkehr zwischen beiden Ländern wieder aufgenommen worden ist. Die von Berliner Blättern verbreitete Nachricht, Eduard Bernstein werde an der Spitze einer Kommission nach Sowjetrußland reisen, wird als falsch erklärt. Zwischen Berlin und Moskau haben keine Verhandlungen stattgefunden.

Bevorstehende parlamentarische Kämpfe

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 20. Februar. Nach dem Wiederzusammentritt der Nationalversammlung stehen große parlamentarische Auseinandersetzungen bevor. Nicht nur der Fall Erzberger, sondern auch die gesamte Politik der Reichsregierung wird die Parteien auf den Plan rufen. Wahrscheinlich werden die neuen Wahlen zum Reichstag heftige Auseinandersetzungen bringen.

Die unterbundene Fleischausfuhr

Eigener Drahtbericht

Hamburg, 20. Februar. Die amerikanische Fleischausfuhr ist infolge des Standes des Wechselkurses zum Stillstand gekommen. Hierdurch ist in Amerika ein starkes Fallen der Fleischpreise verursacht worden.

Ein Attentatsprogramm

(Eigene Drahtmeldung)

Wien, 20. Februar. Das Deutsche Volksblatt meldet aus Mailand: Bei dem mit sieben Genossen bei seiner Landung in Neapel verhafteten Kommunistenführer Angelotti wurde ein vollständig ausgearbeitetes Attentatsprogramm gegen fast sämtliche Staatsoberhäupter Europas vorgefunden. Die Namen der mit der Ausführung betrauten spanischen, italienischen, irischen und russischen Anarchisten sind in Händen der Polizei. Es sind durchweg Mitglieder der roten Hand.

Ueberschichten im Kohlenbergbau

Berlin, 19. Februar. Im Laufe der Verhandlungen, die in Gegenwart des Reichskanzlers in Essen zwischen den Zechenverbänden und den Bergarbeitern über die Steigerung der Kohlenförderung stattfanden, wurde das nachstehende Abkommen getroffen: Es sollen wöchentlich zwei halbe Ueberschichten verfahren werden. Als Entgelt hierfür erhält der Untertagsarbeiter 100, der Uebertagsarbeiter 50 Prozent Zuschlag zu den bestehenden Löhnen. Außerdem erhalten die Bergarbeiter, die die Ueberschichten leisten, für den Mann und Monat 12 Kilogramm Brot mehr und 4 Kilogramm Fett, und zwar zu den Preisen der zugeteilten Lebensmittel. Das Abkommen tritt am 28. Februar in Kraft und gilt vorläufig bis zum 14. März. In etwa 14 Tagen sollen neue Verhandlungen über die Verlängerung des Abkommens einsetzen. Ein Teil der mehrgeförderten Kohlen wird zur Erfüllung unsrer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage benutzt werden. Die übrige Menge wird der Industrie und Landwirtschaft zugute kommen.

Eine Ueberstunde im sächsischen Kohlenbergbau

In Oelsnitz tagte am Sonntag eine Jahreskonferenz des alten Bergarbeiterverbandes im Bezirk Lugau. Sie beschäftigte sich unter anderm auch mit der Kohlennot. Dabei erklärte sich die Konferenz, wie aus einem Bericht der Chemnitzer Volksstimme hervorgeht, einstimmig mit dem Verfahren der achten Stunde einverstanden. Jedoch wünscht sie, daß der Zeitpunkt befristet und dieses für das Zwickauer und Lugauer Revier einheitlich geregelt wird. Weiter fordert die Konferenz, daß die Regierung auch die übrigen Berufe, soweit sie produzieren, auffordert, zur Steigerung der Produktion mitbeizutragen. Verhandlungen zwischen der Regierung und der Organisation über noch strittige Fragen sollen sofort eingeleitet werden.

Um das Allensteiner Land

Allenstein, 20. Februar. Am 19. Februar, mittags 12 Uhr, empfing der Reichskommissar des ostpreußischen Abstimmungsgebietes Freiherr v. Geyl die Allensteiner Pressevertreter. Der Verkehr zwischen dem Reichskommissar und der internationalen Kommission vollzog sich äußerst reibungslos. Am 19. Februar wurde eine Verordnung betr. Paßzwang veröffentlicht, die mit dem 25. Februar in Kraft tritt. Zugpatrouillen, bestehend aus deutscher Sicherheitswehr, werden den Zugsverkehr aus und nach Ostpreußen und dem polnischen Korridor überwachen. Die Hauptverkehrsstraßen zu den Grenzen werden ebenfalls mit Posten besetzt. Auch hier werden nur Sicherheitswehrleute, keine Engländer, verwandt werden, da die Kommission dieser Truppe großes Vertrauen entgegenbringt.

Eine Ueberwachung und Einschränkung des Telephon-, Telegramm- und Briefverkehrs findet nicht statt, ebenso bleibt es bei der Zensurfreiheit. Das deutsche Preßgesetz behält Gültigkeit. Die interalliierte Kommission hat ihre Tätigkeit in drei sogenannte Departements eingeteilt, und zwar Inneres und Justiz unter Oberstleutnant Bennett, Finanzen unter dem Franzosen Rodet und Verkehrswesen unter Oberst Lomas. Die Kommission hat sich von der zwingenden Notwendigkeit einer direkten Zugsverbindung durch den polnischen Korridor nach dem Reiche überzeugt. Oberst Lomas wird sich in diesen Tagen nach Warschau begeben, um auf Durchführung eines D-Zuges über Dirschau—Königsberg und eines anderen über Deutsch-Eylau—Thorn zu dringen. Die deutschen Ernährungsgesetze und Verordnungen behalten für das Abstimmungsgebiet Gültigkeit. Auch ist keinerlei Beschränkung für Ein- und Ausfuhr geplant.

•

Die polnische Gefahr

Meseritz, 20. Februar. In Tirschtiegel herrscht große Erregung, da beabsichtigt ist, die noch dort liegenden Truppen völlig zurückzuziehen. Die militärischen Kräfte reichen nicht einmal zu Wachtposten längs der Grenze aus. Nur die Einwohnerwehr schützt die Stadt. Der Stadt droht polnische Besatzung, da die endgültige Grenze bei Tirschtiegel nicht festgesetzt ist. Der Reichswehrminister ist benachrichtigt.

Aus Ortschaften des schlesischen Abtretungsgebietes im Kreise Namslau und Großwartenberg kommen schwere Klagen über Bedrückungen durch die Polen. Im Kreise Namslau verhängten sie den verschärften Belagerungszustand. Jetzt schreiten sie unter Beschuldigung der Spionage in früherer Zeit zu Verhaftungen von deutschen Beamten und Führern, um dadurch die Absendung von Abordnungen der Bewohner an die Grenzfestsetzungskommission unmöglich zu machen.

Die Beschuldigung einer in früheren Jahren angeblich begangenen Spionage ist auf Grund des deutsch-polnischen Amnestieabkommens hinfällig geworden.

Der Saarstaat

Saarbrücken, 20. Februar. Die Regierungskommission für das Saarbecken wird, gutem Vernehmen nach, ihre Tätigkeit hier am 1. März aufnehmen. An diesem Tag übergibt der französische General Wirbal die oberste Verwaltung an die Regierungskommission und behält nur noch den Oberbefehl über die Besatzungstruppen. Alle Verordnungen werden vom 1. März an von dem Präsidenten des Fünferrates, dem französischen Staatsrat Rault, gezeichnet. Das belgische Mitglied der Regierungskommission, Major (Kommandant) Lampert, war mehrere Jahre Attaché der belgischen Gesandtschaft in Peking, zuletzt zwei Jahre Militärattaché in Berlin. Der Vertreter des neutralen Dänemark im Fünferrat, Graf von Moltke-Reitfeld, war früher Attaché bei der dänischen Gesandtschaft in Berlin und hat sich während seines Aufenthaltes in Berlin mit einer Deutschen vermählt.

•

Verhaftung von angeblichen Kriegsverbrechern

Die Pfalz-Zentrale meldet: Trotzdem die französische Regierung in der Auslieferungsfrage sich damit einverstanden erklärt hat, die Aburteilung des sogenannten „Kriegsverbrecher" von dem Reichsgericht in Leipzig vornehmen zu lassen, wurde am 17. Februar der Ingenieur der Badischen Anilin-Soda-Fabrik von Imhof wegen angeblicher Kriegsverbrechen von französischen Gendarmen verhaftet. Er wird jedenfalls, ebenso wie der Schutzmann Burker aus Oggersheim, der am 11. Februar aus demselben Grunde von den Franzosen verhaftet wurde, nach Lille abtransportiert werden. Aus dem gleichen Grund sind vorher schon fünf Deutsche verhaftet worden. Damit ist jeder frühere Angehörige der deutschen Armee im besetzten Gebiet trotz dem eingetretenen Friedenszustand dauernd in Gefahr, wegen sogenannter „Kriegsverbrechen" vor ein französisches Gericht gestellt zu werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200220/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Entlassungen bei der Eisenbahn

Aus dem preußischen Eisenbahnministerium wird den V. V. N. geschrieben: In einigen Blättern sind in den letzten Tagen Auslassungen erschienen, die behaupten, daß bei der Schließung der Werkstätten und der Entlassung der überzähligen Arbeiter nicht nach sachlichen Gesichtspunkten verfahren werde, sondern, daß die Verwaltung dabei auf die Schädigung des Deutschen Eisenbahnerverbandes ausgehe, dessen Funktionäre restlos auf die Straße gesetzt seien.

Demgegenüber wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die Frage, ob eine Werkstätte unwirtschaftlich gearbeitet hat, seit Monaten von der Verwaltung sorgfältig verfolgt wird. Auf Grund langer Beobachtungen ist nach Benehmen mit der Reichs- und Staatsregierung angeordnet worden, welche Werkstätten zu schließen seien. Die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft selbst haben häufig darauf hingewiesen, daß ihrer Meinung nach die schlechten Leistungen der Werkstätten großenteils auf ihrer starken Ueberfüllung beruhen. Dieses Urteil stimmt mit den Beobachtungen der Verwaltung überein. Es ist deshalb für jede Werkstätte geprüft worden, welche Zahl von Arbeitern in ihr beschäftigt werden muß, damit der Betrieb am wirtschaftlichsten arbeitet. Bei der Auswahl der Arbeitskräfte hat sich die Verwaltung lediglich von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Die zuständigen Organe der Direktionen sind eingehend mündlich über die Absichten des Ministeriums unterrichtet worden. Der oberste Grundsatz bei der Auswahl der Arbeiter ist nicht ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Verbänden, sondern lediglich die Brauchbarkeit und der Arbeitswille des einzelnen Mannes gewesen. Von einer gegen den Deutschen Eisenbahnerverband gerichteten Tendenz kann gar keine Rede sein.

Es ist auch unrichtig, daß alle Funktionäre des D. E. V. entlassen sind. Gewiß sind Funktionäre dieses Verbandes, aber ebenso Funktionäre andrer Verbände nicht wieder eingestellt worden, wenn ihre Arbeitsleistungen oder ihr Arbeitswille nicht genügten. In der Werkstätte Tempelhof sind von 26 Funktionären des D. E. V. nur sechs entlassen, in Potsdam gleichfalls von 26 nur sechs, in der Werkstätte II von 22 dreizehn; und ähnlich liegen die Zahlen in den übrigen Werkstätten Berlins und der Provinz. Dabei darf nicht verkannt werden, daß unter den Funktionären der Verbände mitunter Leute waren, die keineswegs in gewerkschaftlichem Geiste arbeiteten, sondern die revolutionären Organisationen nach Frankfurter Muster haben teilweise mit Erfolg ihre Agitatoren in die Stellen von Gewerkschaftsfunktionären hineingeschoben, um so den Kampf gegen die Gewerkschaften zu führen. Die Entlassung von Funktionären der verschiedenen Verbände bedeutet deshalb keine Spitze gegen den betreffenden Verband, und überhaupt hat, wie gesagt, die Zugehörigkeit zu einem Verband niemals einen Grund für die Entlassung oder Nichtentlassung eines Arbeiters gegeben. —

Bei dieser Gelegenheit weist die Eisenbahnverwaltung darauf hin, daß keineswegs nur Arbeiter, die nicht arbeiten wollten oder konnten, von den Werkstätten entlassen worden sind, sondern daß in einer Reihe von Werkstätten, wo die Ueberfüllung besonders stark war, auch brauchbare und willige Arbeiter nicht weiter beschäftigt werden konnten. Es liegt deshalb für Privatbetriebe und insbesondere für die mit der Ausbesserung von Eisenbahnbetriebsmaterial beschäftigten Werke kein Grund vor, Leute, die jetzt aus den Eisenbahnwerkstätten aus wirtschaftlichen Gründen entlassen wurden, ihrerseits nicht einzustellen.

•

Neuer Streik im Bezirk Bitterfeld

Bitterfeld, 19. Februar. Die Arbeiter des Großkraftwerkes Zschornewitz bei Golpa traten heute wegen nicht bewilligter Lohnforderungen in den Ausstand. Da durch Stillegung dieses Werkes die Stromversorgung Berlins sowie des mitteldeutschen Industriegebietes gefährdet ist, wurde die technische Nothilfe in Berlin und Halle alarmiert.

•

Fortsetzung des Solinger Stahlarbeiterstreiks

Die drei Arbeitnehmerverbände der Solinger Stahlwarenindustrie haben beschlossen, den Streik fortzusetzen, dagegen denjenigen Arbeitern zu gestatten, wieder zu arbeiten, denen die Unternehmer den für den Kollektivvertrag verlangten weiteren Lohnaufschlag von 35 Proz. oder einen Teuerungszuschlag von 200 Proz. auf die Preisverzeichnisse gewähren. Von der Arbeitgebern ist eine Abordnung zur Regierung nach Düsseldorf entsandt worden, um gegen die Verpflegung der Streikenden auf städtische Kosten Beschwerde einzulegen.

•

Blutige Streikunruhen in Italien

Mailand, 19. Februar. Telegramme des Secolo aus Genua besagen, daß die Bewegung unter den ligurischen Metallarbeitern sich in den letzten Tagen verschärft hat. Die Arbeitgeber drohten mit Schließung der Betriebe. Die Arbeiter drangen gemeinsam in die Betriebe ein und bildeten Arbeiterräte, die die abwesenden Direktoren ersetzen sollten. Die Polizei mußte einschreiten und ordnete die Räumung der Betriebe an. In den Gießereien von Ansaldo kam es zu Zwischenfällen. Die Arbeiter wollten die Werkstätten nicht verlassen, worauf die Polizei auf die Arbeiter schoß. Die Arbeiter entwaffneten hierauf die Soldaten. Es kam zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf es zehn Verwundete gab. Nach Informationen des Secolo kam es in Piacenza, wo der Generalstreik erklärt wurde, zu einem Zwischenfall zwischen den Streikenden und der öffentlichen Gewalt.

Das Kinderelend in Deutschland

Professor Abderhalden über das deutsche Kinderelend

Geheimrat Professor Dr. Emil Abderhalden, der berühmte Physiologe, hat in Halle einen öffentlichen Vortrag über „Die Kindersterblichkeit in Deutschland und ihre Bekämpfung" gehalten, um das deutsche Publikum auf Tatsachen aufmerksam zu machen, deren Tragweite gar nicht oder nicht genügend bekannt ist und die sofortige dringende Abhilfe heischen.

Abderhalden, der sich seit langem mit der Frage der Kindersterblichkeit beschäftigt, führte unter anderm aus: Schon 1916 hatte die Kindersterblichkeit in Deutschland sehr bedeutende Dimensionen angenommen, trotzdem wurden nach 1918 von offizieller Seite aus dementsprechende Meldungen dementiert. Als endlich 1918 zum erstenmal deutsche Kinder nach der Schweiz geschickt wurden, sandte man des Prestiges halber wohlgenährte Kinder dorthin. Erst nach dem Zusammenbruch trat die furchtbare Wahrheit in ihrer ganzen Tragweite zutage. Hätte Deutschland nicht Krieg geführt, so wären 1914 bis 1918 zwei Millionen Kinder mehr geboren worden. Jetzt sind weit über hunderttausend Kinder unweigerlich dem Hungertode verfallen, wenn nicht sofort gegen die Unterernährung eingeschritten wird, unter der ungefähr fünfzundertausend Kinder schwer leiden müssen; denn die Tuberkulose und die Rachitis wüten in erschreckender Weise unter Deutschlands Jugend. Wir selbst sehen nicht mehr, wie sehr unsre Kinder im Wachstum zurückgeblieben sind; aber die neutrale Kommission, die vor kurzem Deutschland bereiste, hat zwölfjährige Kinder auf neun Jahre geschätzt.

Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland und vor allem die Schweiz haben sich bereit erklärt, leidende deutsche Kinder bei sich aufzunehmen. Im Jahre 1919 war der Stand unsrer Valuta noch so, daß die meisten großen Städte Deutschlands für erholungsbedürftige Kinder Hotels in der Schweiz gemietet hatten; die Kosten wurden gemeinsam von dem Reich, der Provinz und der betreffenden Stadt getragen. Da dieses Verfahren bei dem jetzigen Stand der Valuta nahezu zur Unmöglichkeit wird, hat man begonnen, in der Schweiz Freistellen zu sammeln. Dabei sind bis jetzt 8000 Kinder acht Wochen lang in der Schweiz verpflegt worden.

Das gesamte Hilfswerk aber ist gefährdet durch die Einladung des Reichsgesundheitsamts an Wiener Kinder, nach Deutschland zu kommen, desselben Reichsgesundheitsamts, das das Buch „Die Opfer der Blockade" veröffentlicht hat. Obgleich in Wien die Ernährungsverhältnisse entgegen allen andern Nachrichten bedeutend besser sind als bei uns, obgleich dort mehrere Ententekommissionen tätig sind, sind schon zahlreiche Transporte Wiener Kinder in Deutschland angekommen und untergebracht worden. Daß diese Maßnahme bei den Neutralen nicht nur Befremden hervorgerufen hat, sondern auch eine Stockung im Transport deutscher Kinder nach dem neutralen Ausland zur Folge hatte, ist selbstverständlich. Diese großartige politische und humane Geste nutzt Deutschland gar nichts.

Die Resultate des Schweizer Aufenthalts sind übrigens geradezu glänzend. Gewichtszunahmen von 10 Pfund sind das übliche, solche bis zu 20 Pfund sind nicht selten.

Sächsische Volkskammer

95. Sitzung

Donnerstag, 19. Februar 1920.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

Wahl des Lebensmittelbeirates.

Gemäß den Vereinbarungen der Fraktionen unter einander werden gewählt die Abgg. Langer (Soz.), Nitzsche (Soz.), Schember (Soz.), Clauß (Dem.), Hartmann (Dem.), Dennhardt (U. Soz.), Schmidt (Dnat. Vp.) und Blüher (D. Vp.).

Für die Wahlen der vier Ausschüsse liegen ebenfalls feste Abmachungen der Fraktionen vor. Jeder Ausschuß besteht danach aus 18 Mitgliedern, nur der Prüfungsausschuß zählt 15.

Es folgt die allgemeine Vorberatung über den Rechenschaftsbericht über den Staatshaushalt auf die Jahre 1916 und 1917 und über den Haushalt des staatlichen Elektrizitätsunternehmens auf denselben Zeitraum.

In der Debatte bemerkt Abg. Dr. Reinhold (Dem.), daß die Rechenschaftsberichte eigentlich nur noch historischen Wert hätten. Sie müßten, wie bei kaufmännischen Unternehmungen, spätestens sechs Monate nach Abschluß des Etatsjahres vorgelegt werden.

Ein Vertreter des Finanzministeriums erwiderte, daß man auf eine Beschleunigung in der Bearbeitung der Rechenschaftsberichte hinarbeiten werde. Dazu sei aber erforderlich, daß das Rechnungswerk wesentlich einfacher gestaltet werde.

Die Vorlagen gehen an die Ausschüsse.

Nächste Sitzung: Dienstag, 2. März. Tagesordnung: Verwaltung der Landessteuern.

England als Gläubiger

Amsterdam, 20. Februar. Aus London wird gemeldet, daß der Schatzkanzler Houston Chamberlain im Unterhaus als Antwort auf die Anfrage, welche Darlehen Großbritannien seinen Verbündeten gegeben, folgendes ausführte: an Rußland 568 Millionen Pfund Sterling, an Frankreich 470,5 Millionen, an Italien 470 Millionen, an Belgien 86,5 Millionen und an andere Verbündete 71 Millionen, also zusammen 1668 Millionen Pfund.

Der Schatzkanzler teilte ferner mit, daß die englische Regierung der Ausgabe einer französischen Anleihe in London zugestimmt habe. Die Anleihe ist ausschließlich für den Einkauf in England bestimmt. Der Schatzkanzler bemerkte noch, daß es sich keineswegs um einen Vorschuß der englischen an die französische Regierung handele.

Verbandstag der Landarbeiter

Am Mittwoch, dem dritten Verhandlungstage, nahm vor Eintritt in die Tagesordnung der Verbandsvorsitzende Georg Schmidt Bezug auf eine Hetzrede, die Freiherr v. Wangenheim am 17. Februar in der Generalversammlung des Bundes der Landwirte gegen die Führer des Deutschen Landarbeiterverbandes gehalten hat. Schmidt erklärte: Wir werden uns mit den Herren vom Bund der Landwirte, der nur eine Hetzorganisation ist, nicht an den Verhandlungstisch setzen. Wir hoffen, unter den Landwirten so viele verständige Männer zu finden, daß wir zu Vereinbarungen über das Arbeitsverhältnis kommen, wodurch schwere Erschütterungen der deutschen Landwirtschaft vermieden werden.

Die Diskussion über den zweiten Punkt der Tagesordnung wurde fortgesetzt. Es sprachen noch drei Vertreter der Forstarbeiter und zwei Vertreter der Schweizer. Dann erhielten die beiden Referenten das Schlußwort.

Einstimmige Annahme fand eine vom Referenten Löhrke eingebrachte Resolution, die scharfen Protest einlegt gegen das Vorgehen des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, der verlangt, daß die in der Landarbeitsordnung festgesetzte Jahresarbeitszeit von 2900 auf 3075 Stunden verlängert wird. Weiter sagt die Resolution, die Verlängerung der Arbeitszeit durch Gesetz liege nicht im Interesse der Arbeiterschaft und sei auch im Interesse der Volksernährung nicht notwendig. Die im Deutschen Landarbeiterverband organisierten Landarbeiter haben bewiesen, daß sie bereit sind, die in der Saat- und Erntezeit notwendigen Ueberstunden gegen Bezahlung zu leisten.

Die übrigen zum zweiten Punkt der Tagesordnung vorliegenden Anträge wurden meist durch Ueberweisung an den Vorstand erledigt. — Angenommen wurde ein Antrag, der die Beseitigung der Kinderarbeit und des Hofgängerwesens fordert. — Ein Antrag, der für Abschaffung der Frauenarbeit eintritt, wurde abgelehnt. — Ein Antrag der Ortsgruppe Tambach-Dietharz, der die Anerkennung des Massenstreiks durch den Verband bei allen Angelegenheiten, die das Proletariat in seinem Befreiungskampfe braucht, fordert, wurde mit 59 gegen 35 Stimmen abgelehnt. — Zwei Anträge, die die Einführung des Achtstundentages in der Landwirtschaft verlangen, wurden nach einer zweifelhaften Abstimmung zurückgezogen, nachdem Georg Schmidt erklärt hatte, der Vorstand sei selbstverständlich nach wie vor bereit für die Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten, soweit es irgend möglich sei.

Der Abschluß eines Kartellvertrages mit dem Leipziger Schweizerbund wurde einstimmig abgelehnt.

Ueber die

Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft

referierte Verbandssekretär Faaß, Berlin. Er beleuchtete die Entwicklung der Verhältnisse der Landarbeiter nach der Revolution, besprach das Betriebsrätegesetz und trat ein für die Ausnutzung der durch das Gesetz den Arbeitern gewährten Rechte. Die Arbeiter müssen so geschult werden, daß sie bei der notwendigen Umgestaltung der land- und forstwirtschaftlichen Produktion mitwirken können. Wenn auch unter den gegenwärtigen schwierigen Ernährungsverhältnissen Experimente in der Sozialisierung nicht gemacht werden können, so sei doch die Sozialisierung der Land- und Forstwirtschaft das Ziel, das im Interesse nicht nur der Landarbeiter, sondern des ganzen Volkes erreicht werden müsse.

Dem Referat folgte eine rege Diskussion. Ein Redner bezeichnete den soeben veröffentlichten Erlaß Noskes, der die Stillegung der Lebensmittelbetriebe verbietet, als einen Schlag gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter und eine Begünstigung der Agrarier.

Albrecht, Vorsitzender des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, forderte die Landarbeiter auf, mit aller Schärfe für

volle Parität in den Landwirtschaftskammern

einzutreten, denn es seien Bestrebungen im Gange, die den Arbeitern bei der Reform der Landwirtschaftskammern die Parität in wirtschaftlichen Fragen nicht zugestehen wollen.

Faaß trat im Schlußwort ebenfalls für volle Parität in den Landwirtschaftskammern ein.

Alle zur Neugestaltung des Arbeitsverhältnisses vorliegenden Anträge wurden dem Vorstand überwiesen.

Einstimmige Annahme fand eine Resolution, die scharfen Protest dagegen erhebt, daß die Ententekommission im Abstimmungsgebiet Oberschlesien Gewerkschaftshäuser beschlagnahmt hat. Die Resolution verlangt Freigabe der Gewerkschaftshäuser und Beteiligung der Landarbeiter an der Abstimmung.

•

Landwirtschaftliche Erzeugung und Ansiedlung

Die Donnerstagssitzung des Verbandstages der Landarbeiter wurde eingeleitet durch einen beachtenswerten und mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag Georg Schmidts über die Stellungnahme der Landarbeiter zur landwirtschaftlichen Produktion und Ansiedlung. Er führte aus:

Die landwirtschaftliche Produktion ist die Grundlage der ganzen Volkswirtschaft. Je mehr man sich mit dieser Frage beschäftigt, auf um so mehr Schwierigkeiten stößt man. Man verlangt von uns Rücksicht auf die Verhältnisse der Unternehmer. Wir wollen diese Rücksicht nur in dem Sinne nehmen, daß wir alles tun, um die landwirtschaftliche Produktion unter den heutigen Verhältnissen möglichst ertragreich zu gestalten. Früher haben die sozialistischen Parteien einen einseitigen Konsumentenstandpunkt vertreten, der nur darauf bedacht war, den Städtern billige Lebensmittel zu schaffen. Aber auch die landwirtschaftlichen Unternehmer haben ihre Interessen in einseitig egoistischer Weise vertreten. Besonders der Bund der Landwirte. Wir Landarbeiter fühlen uns als Teil des ganzen Volkes. Wir nehmen auf unsre städtischen Arbeitsbrüder Rücksicht und sind deshalb nie so egoistisch gewesen, unsre Löhne so hoch zu schrauben, daß die Lebensmittelpreise unerschwinglich geworden wären. Wir erwarten aber auch von den städtischen Arbeitern, daß sie auf die Lage der Landarbeiter Rücksicht nehmen. Es ist ja begreiflich, daß die städtischen Arbeiter ihre Lebensmittel so billig wie möglich haben wollen, aber die Landarbeiter nehmen doch bei ihren Lohnforderungen auch nicht Rücksicht auf die Kohlenpreise.

Das Schlagwort heißt heute Sozialisierung. Sie wird kommen, wenn sich die kapitalistische Entwicklung auf höchster Stufe vollzogen hat, aber nur in einem reichen, aber nicht in einem armen Lande, wie es Deutschland jetzt ist.

Die Planwirtschaft Wissells

hat viel für sich. Wir müssen dahin kommen, daß sein Programm durchgeführt wird. Wenn man sagt, mit der Sozialisierung müsse vorsichtig vorgegangen werden, so trifft das besonders auf die Landwirtschaft zu. Ich stehe auf dem Standpunkt Kautskys, daß an die Sozialisierung der Landwirtschaft erst zuletzt zu denken ist. Anderseits ist zu betonen, daß den landwirtschaftlichen Unternehmern die absolute Freiheit in ihren Betrieben nicht mehr gestattet werden kann. Es geht nicht mehr, daß jeder in seinem Betrieb wirtschaften kann wie er will, sondern es muß Rücksicht genommen werden auf die Interessen der ganzen Volkswirtschaft. Die Landwirtschaft muß individuell betrieben werden, aber notwendig ist eine

Aufsicht über die Produktion,

damit sie nach den Bedürfnissen der Volkswirtschaft ausgeführt wird. Wenn jemand seine Wirtschaft vernachlässigt, dann muß im Allgemeininteresse eingegriffen werden. Hierzu wird ein Enteignungsgesetz geschaffen werden müssen. (Zustimmung.) Es ist zu bedauern, daß es nicht möglich war, eine sozialistische Mehrheit ins Parlament zu bringen, die die Enteignung hätte durchführen können. (Zustimmung.)

Ich stimme nicht der Theorie zu, daß wir nur auskommen können, wenn der deutsche Boden zu Bauernwirtschaften aufgeteilt wird. Wenn es zur Sozialisierung kommt, dann werden wir uns darüber mit den Großgrundbesitzern viel besser einigen können wie mit den kleinen Bauern. (Sehr richtig!) Der Bauer ist der größte Eigentumsfanatiker.

Das Reichssiedlungsgesetz

halte ich nicht für eine große gesetzgeberische Tat. Seine Durchführung wird uns große Enttäuschungen bringen. In der nächsten Zukunft können wir keine Störung in der deutschen Landwirtschaft gebrauchen, denn es muß herausgewirtschaftet werden, was irgend möglich ist. Die Aufteilung eines Gutshofes in Bauernwirtschaften hat infolge der Umstellung des Betriebes einen Rückgang des Ertrags in den ersten drei Jahren zur Folge. Es ist mit dem Siedlungsgesetz so: Wenn Doktoren und Literaten eine Sache bearbeiten, kommt nichts Praktisches heraus. (Sehr richtig!) Mit der Steigerung und dem Ertrag der Produktion liegt es in der Landwirtschaft anders wie in der Industrie. In der Industrie wird das Produkt um so billiger, in je größeren Mengen es erzeugt wird. Das trifft für die Landwirtschaft nicht zu. Hier bedeutet jede durch intensive Wirtschaft bewirkte Steigerung der Produktion eine Verteuerung der vermehrten Produktenmenge. Je mehr aus dem Boden herausgeholt werden soll, desto mehr Kapital und Arbeit muß darauf verwendet werden. Das gilt auch für die Viehhaltung. Die intensive Wirtschaft erhöht den Ertrag der Produkte, aber auch ihren Preis.

Zur Frage der

Beschäftigung ausländischer Arbeiter

ist zu fordern: Wo nicht deutsche Arbeiter genug vorhanden sind, um die Produktivität auf das höchste zu steigern — das trifft für den Zuckerrübenbau zu —, da können Ausländer beschäftigt werden, wenn eine aus organisierten Arbeitern und Unternehmern bestehende Kommission die Notwendigkeit anerkennt. Den Landräten und Regierungsbeamten darf die Entscheidung nicht überlassen werden. (Zustimmung.) Wenn wir das alles durchführen wollen, brauchen wir denkende Arbeiter. Deshalb fordern wir Fachschulen.

Die Ernährungsverhältnisse in Deutschland werden nicht wieder so werden, wie sie vor dem Kriege waren. Wir werden den Fleischgenuß, an den wir vor dem Kriege gewöhnt waren, wesentlich einschränken müssen, denn nach Lage der Verhältnisse wird sich die Viehhaltung in der Hauptsache auf die Erzeugung von Milch und Butter beschränken müssen. Den Schlachtviehbestand, den wir vor dem Kriege hatten, werden wir nicht halten können. Auch aus diesem Grunde ist die Zerschlagung Deutschlands in Kleinbetriebe nicht zu befürworten, denn sie sind ja hervorragend auf die Viehhaltung angewiesen. — Wenn man siedeln will, dann soll man vor allen Dingen dafür sorgen, daß im Ruhrrevier

Wohnungen für die Bergarbeiter

geschaffen werden, damit mehr Kohlen gefördert werden. Die Landwirtschaft braucht Kohlen, um das Getreide zu dreschen. Siedelungen in der Nähe der Großstädte sind zu begrüßen, auf dem Lande sollen nur da Siedelungen geschaffen werden, wo die Vorbedingungen dafür gegeben sind.

Als Arbeiter fordern wir, daß die menschliche Arbeitskraft nicht mehr als notwendig ausgenutzt wird. In den maschinenarbeitenden Großbetrieben wird die menschliche Arbeitskraft lange nicht so ausgenutzt wie in den bäuerlichen Kleinbetrieben. Also ist auch aus diesem Grunde eine Vermehrung der Kleinbetriebe, wo sich der Bauer mit seiner Familie abrackern muß, nicht anzustreben. — An der Steigerung der Lebensmittelpreise sind nicht nur die Landwirte schuld, sondern auch der Zwischenhandel. (Sehr richtig!) Damit die Lebensmittel nach Möglichkeit verbilligt werden, ist der Zwischenhandel auszuschalten, indem die Konsumenten durch ihre Organisationen in direkte Verbindung mit den Produzenten treten. Wir unterstützen deshalb die Bestrebungen der Konsumvereine.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200220/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beratungen der Finanzminister

Die Valutakommission und die Finanzminister sind an der Arbeit, um auf dem Wege der Aussprache zu den zahlreichen schwierigen finanzpolitischen Problemen Stellung zu nehmen. Man beschäftigt sich mit der Abbürdung der schwebenden Schuld, die in Form von 100 Milliarden Schatzanweisungen besteht und sich laufend weiter vergrößert. Zu einem Ergebnis scheint man noch nicht gekommen zu sein. Auch der Friedensvertrag und unsere Verpflichtung aus demselben, 20 Milliarden Goldmark zu zahlen, ist Gegenstand der Beratung.

Ebenso wird die bevorstehende Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich, sowie die gesamte Finanzlage des Reiches besprochen. Daß die Herren sich auch eingehend über die Steuergesetzgebung zu unterhalten haben, ist selbstverständlich. Die Tagesordnung hat also einen bedeutenden Umfang. Wir hoffen, daß aus den zu erwartenden amtlichen Veröffentlichungen sich ergeben wird, daß wir einer Neuordnung unsrer Finanzen etwas zuversichtlicher entgegensehen dürfen als es jetzt der Fall ist.

Holland und Wilhelm

Frankfurt a. M., 19. Februar. Aus Paris wird berichtet: Wie der Pariser aus dem Haag meldet, hat die zweite Note der Alliierten an Holland über die Auslieferung des Exkaisers in politischen Kreisen einen peinlichen Eindruck gemacht und die Regierung in Verlegenheit gebracht. Im Haag hat man einen versöhnlicheren Ton erwartet. In Regierungskreisen wird die Insel Curaçao nordöstlich von Venezuela als Verbannungsort des Exkaisers vorgeschlagen, wenn er das holländische Festland durchaus verlassen müsse. Das Verbringen des Kaisers nach Niederländisch-Indien ist der holländischen Regierung nicht erwünscht.

Hollands Beitritt zum Völkerbund

Haag, 20. Februar. Die Zweite Kammer hat mit 50 gegen 5 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend den Zutritt Hollands zum Völkerbund angenommen.

Aufschub der Heeresverminderung

Von zuständiger Stelle erfahren wir: Der Präsident des Obersten Rates Lloyd George übersandte dem deutschen Geschäftsträger in London Herrn Sthamer die nachfolgende Note:

„Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnisgabe an die deutsche Regierung mitzuteilen, daß seitens des Präsidenten der Kontrollkommission in Berlin die Aufmerksamkeit des Obersten Rates der alliierten Mächte auf die schwierige Lage gerichtet wurde, in die die deutsche Regierung gesetzt wird, wenn die alliierten Mächte auf die strikte Erfüllung des Artikels 160 des Versailler Vertrages bestehen, nach welchem die gesamte Effektivstärke der deutschen Bundesstaaten bis spätestens den 31. März 1920 die Zahl von 100 000 Mann, die Offiziere und Depoteinrichtungen eingerechnet, nicht überschreiten darf.

Da dieser Artikel in der Annahme entworfen wurde, daß der Versailler Vertrag an einem viel früheren Datum ratifiziert werden würde, hat sich der Oberste Rat dahin entschieden, zu gestatten, daß die deutschen Streitkräfte bis zum 10. April 1920, d. h. drei Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages, in Gemäßheit des Artikels 163 auf 200 000 Mann und bis zum 10. Juli 1920 auf 100 000 Mann zurückgebracht werden.

Ich habe die Ehre, Sie zu ersuchen, diese Entscheidung der deutschen Regierung zu übermitteln."

Paris, 19. Februar. In der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten machte Kriegsminister Lefevre Ausführungen über den gegenwärtigen Stand in Deutschland bezüglich der Prüfung und Vernichtung von Kriegsmaterial, der Verminderung der Mannschaftsbestände, der eventuellen Hilfsquellen und erhaltenen Garantien. Aus dem Exposé des Ministers geht hervor, daß Deutschland die im Vertrage unterschriebenen Verpflichtungen zu umgehen versucht, vor allem die militärischen Verpflichtungen, in der Hoffnung, die Anwendung der militärischen Klausel verweigern zu können. Lefevre erklärte, daß die Alliierten mit ganzer Entschiedenheit auf dem Verschwinden aller militärischen Streitkräfte in Deutschland bestehen müßten, die im Vertrage nicht vorgesehen sind. Deutschland verheimliche Kriegsmaterial, mit dem es eine Armee ausrüsten könne. Der Minister schloß seine Darlegungen mit dem Bemerken, daß die völlige Durchführung des Artikels 211 des Friedensvertrages über die Entwoffnung gefordert werden müsse. (Ein gewisser Widerspruch zwischen diesen Ausführungen und der oben wiedergebenen Note wird nicht geleugnet werden können.)

Die reaktionären Häupter

Budapest, 19. Februar. Die ungarische Nationalversammlung wählte zum Präsidenten Stephan von Rakowsky (Christlichnationale Vereinigung) und zum Vizepräsidenten Zoltlik (Kleine Landwirte) und Alexander Simonyi Senadan (Christlichnationale Vereinigung).

Der ungarische Ministerpräsident hat dem deutschen Generalkonsul in Budapest Grafen Fürstenberg ein Schreiben übersandt, worin er den innigsten Dank der ungarischen Regierung für die von der deutschen Regierung übersandte Summe von 100 000 Kronen ausspricht, die für notleidende Kinder in Budapest bestimmt sind.

Fisch-Preistreiberei

Die Heringsfischer an der Ostsee haben es mit ihrer rücksichtslosen Ausbeutung der Konjunktur so stark getrieben, daß sie, wie mehrfach gemeldet, die Bewohner der Küstenstädte einschließlich der Behörden gegen sich aufgebracht haben. Der Nahrungsmittelmangel im Binnenlande wie an der Wasserkante ist die Ursache, daß die Fischer die Bevölkerung in so frecher Weise ausplündern können. Dem Berliner Lokal-Anz. wird aus Lübeck geschrieben:

Die Lübecker Staatsanwaltschaft hat beschlossen, gegen die Mitglieder der Fischereigenossenschaft strafrechtlich wegen Wuchers vorzugehen; als Material dient ihr ein Fall, in dem ein Fischerknecht an den Fängen 1500 bis 2000 M. pro Tag verdient hat. Ferner ist gegen die Geschäftsleitung der Fischereigenossenschaft ein Strafverfahren wegen Verschleierung der vertragsmäßigen Belieferungen an die Lübecker Industrie angestrengt worden. Mit heller Entrüstung wurde in der Bevölkerung die amtliche Mitteilung aufgenommen, daß die Fischer der Travemünder Bucht innerhalb vierzehn Tagen 4½ Millionen Mark für Heringe eingeheimst haben; das bedeutet Hunderttausende für jeden einzelnen Fischer. In den letzten vierzehn Tagen sind ihre Gewinne noch höher gewesen, da Heringsmengen, wie sie bisher nicht vorgekommen sind, in der Lübecker Bucht gefangen worden sind. In dieser Zeit beträgt der Gewinn etwa 5 Mill. Mark. Also in etwa vier Wochen 9½ Millionen Mark Gewinn! Das wurde dadurch ermöglicht, daß die Bevölkerung 3, 4 und 6 M. für das Pfund Heringe und 7 M. für das Pfund Räucherfische bezahlen muß. Es wurde festgestellt, daß die Fischer der Lübecker Bucht mit der Genossenschaft der Schleswig-Holsteinischen Berufsfischer ein Abkommen auf „Einhaltung ihrer Preise", sogar auf einen Versuch der weiteren Erhöhung getroffen hatten. Das Lübecker Landesversorgungsamt hat den von Industrie und Handel an die Fischer zu zahlenden Grundpreis jetzt, wie gemeldet, auf 80 Pf. und den Verkaufspreis im Kleinhandel auf 1.10 M. festgesetzt. Die Fischer weigern sich, diesen Preis anzuerkennen und gehen mit der Absicht um, ihre Fänge per Schiff auszuführen. Es ist wohl anzunehmen, daß die Behörden diese Verschiebung ins Ausland unbedingt zu verhindern wissen werden.

Deutsches Reich

Das Verfahren in Leipzig

Reichsanwalt Richter ist in Berlin, aus Leipzig kommend, als Vertreter des Oberreichsanwalts am Reichsgericht Dr. Zweigert eingetroffen, um mit den hiesigen zuständigen Stellen Rücksprache über die Fragen zu nehmen, die sich aus der Forderung der Entente in der Auslieferungsfrage ergeben. Heute morgen fand im Reichsjustizministerium eine Beratung statt, an der Reichsjustizminister Schiffer, Reichsanwalt Richter, Geheimrat Simson vom Auswärtigen Amt und verschiedene andre Herren teilnahmen.

Es handelte sich, wie wir erfahren, um eine allgemeine Besprechung, in der keine Beschlüsse gefaßt wurden. Man berief eingehend über Organisationsfragen, vor allem über eine Forderung des Oberreichsanwalts, der, um ein Gerichtsverfahren gegen die Personen, deren Namen sich auf der Auslieferungsliste befindet, ermöglichen zu können, für die Zeit der Verhandlungen zahlreiche Hilfskräfte, besonders Hilfsrichter, beansprucht. Außerdem besprach man die rechtlichen Fragen, die sich aus der letzten Note der Entente ergeben. So wurde zum Beispiel die Aufhebung der Amnestie, soweit sie sich auf die auszuliefernden Personen erstreckt, besprochen, die ja bekanntlich die Reichsregierung schon zugesagt hat. Dann verlangt die Entente in ihrer letzten Note auch, daß die von der deutschen Regierung früher angestrengten Verfahren gegen Kriegsverbrecher unberücksichtigt bleiben sollen. Auch diese Forderung der Alliierten bildete einen Gegenstand der Beratungen. Jedoch wurde in keinem der oben angeführten Punkte eine Entscheidung getroffen. Diese behielt sich für alle Fragen Reichsjustizminister Schiffer vor.

Die Gerüchte, nach denen die deutsche Regierung beabsichtige, die von der Entente bereits abgeurteilten „Kriegsverbrecher" zurückzufordern um sie vor das Reichsgericht zu stellen werden an amtlicher Stelle bestritten.

Keine Staatsbankrotterklärung. Aus Holland wird verbreitet, daß eine Haager Zeitung eine angeblich demnächst abzusendende deutsche Note veröffentlicht, in der Deutschland mitteilt, daß es zur Abwehr bestimmter Forderungen der Entente den Staatsbankrott erklären werde. Amtlich wird festgestellt, daß keine derartige deutsche Note existiert, noch je beabsichtigt war, daß es sich lediglich um eine frivole Erfindung handelt.

Die rumänische Liste

1. Bauerle, Leutnant, Truppenkomm. in Urziceni. 2. Benzdorff, Leutnant, Komm., Gefangenlager Stralsund. 3. Boenig, Hauptmann, Komm., Gefangenlager Celle (Schloß). 4. Busse, Major, Komm Gefangenlager Stralsund. 5. Darks, Komm. Gefangenlager Strohen-Roor (Hannover). 6. Dobritz, Hauptmann, Chef der politischen Polizei in Craiova. 7. Eberz, Leutnant bei den Besatzungstruppen, Bezirk Olt. 8. Egenolf, Leutnant bei der Etappe 22 in Turnu-Severin.

9. Goetz (K.), Professor an der Universität Bonn. (Mit Einverständnis des Barons Welser von der deutschen Militärverwaltung, Wegnahme von 350 slawischen Bänden von der Bibliothek der rumänischen Akademie, von sieben Manuskripten und Evangelienbüchern, die dem Nationalmuseum in Bukarest gehörten, und Ueberlieferung derselben an bulgarische Offiziere.)

10. Grohus, Leutnant der Besatzungstruppen des Bezirks Muscel. 11. Hauff, Führer der 26. württembergischen Landwehr-Division. 12. Heim, Infanterist der 277. Etappe in Tzanderei. 13. Huessen, Hauptmann der 273. Etappe, Bezirk Romanati. 14. Johansen, Leutnant der Etappe 267 in Campulung. 15. Jubel, Leutnant, Komm. des 6. Bezirk von Jalomitza.

16. Koch, General, Kommandant der Festung Bukarest. (Bestätigung zahlreicher Urteile der Militärgerichte, die Todesstrafen oder außerordentlich hohe Strafen für angebliche Verbrechen festsetzten. Beim Rückzug November 1918, Waffengebrauch gegen die Bevölkerung, Verwüstungen, unerhörte Requisitionen, Plünderungen und Gewalttätigkeit. Beweis: seine eigenen Befehle.)

17. Kranner (oder Kommer, Dr.), Arzt bei der Etappe 300 in Campina. 18. Küpper, Oberst, Kommandant der Etappe in Targu-Ju. 19. Kusenberg (von), Rittmeister Kommandant der Etappe 22 in Turnu-Severin. 20. Limburg, Major, Komm. Gefangenlager Breesen.

21. v. Mackensen, Generalfeldmarschall, Oberkommandierender der deutschen Truppen in Rumänien. (Bombardement offener Städte durch Flugzeuge und Zeppeline. Verantwortung für die unrechtmäßigen Requisitionen und die unmäßige Ausplünderung bzw. Anordnung derselben; Verhängung ungeheurer Geldbußen über Städte und Departements. Verhaftung und Verschickung zahlreicher rumänischer Untertanen nach Deutschland und Bulgarien. Verletzung des internationalen Rechts, indem er ohne Notwendigkeit die Verfassung und die rumänischen Gesetze umänderte, indem er die Rechtsprechung rumänischer Gerichte aufhob und sie durch deutsche Zivilgerichte ersetzte. Bestätigung unzähliger Todesurteile. Während des Rückzuges November 1918 befahl oder duldete er Mordtaten, Gewalttätigkeiten, Diebstahl, Plünderung, die planmäßige Zerstörung der Verbindungswege, die Verwüstung öffentlicher Gebäude. Taten, für welche er persönlich von General Berthelot dem Kommandanten der Donau-Armee, verantwortlich gemacht wurde. Beweis: Sammlung der Befehle der Militärverwaltungen in Rumänien und zahlreiche Urkunden, die alle Verbrechen und Ausschreitungen während der Besetzung und des Rückzuges feststellen.)

22. Main, Leutnant der Besatzungstruppen, Etappe 267 in Campulung. 23. Metzler, Leutnant, Etappe 267 in Campulung.

24. Morgen (von), Komm. General der 9. Armee in Focsani. (Bestätigung und Vollstreckung zahlreicher Urteile der unterstellten Kriegsgerichte, die die Todesstrafe oder Zwangsarbeit für angebliche Verbrechen des Verrats festsetzten. In den besetzten und den der 9. Armee unterstellten Departements eine blutige Herrschaft des Schreckens, der Hungersnot und der Plünderung. Beweis: Veröffentlichungen der 9. Armee, Bericht des Bürgermeisters von Focsani u. a.)

25. Röring, Leutnant, Gefangenlager Breesen. 26. Pinsger, Kaiserlicher Kommissar beim Kriegsgericht der 89. Division in Focsani. 27. Pipper, Oberstleutnant Komm. der Etappe 273 in Romanati. 28. Reidnitz, Hauptmann, Etappe 267 Campulung. 29. Richter, Unteroffizier, Kommandant Internierungslager Kloster Tismana. 30. Ribka, Soldat 1./25. Inf.-Regt. Königsberg. 31. Sartmann, Leutnant, Etappe 267. 32. Schmidt, Etappenkommandant 1916/17 in Turnu-Severin. 33. Schwabe, Komm. der deutschen Garnison in Craiova. 34. Thurn, Leut., Etappe 267.

35. Thüllf v. Tschepe und Weidenbach, General der Inf., Militärgouverneur des besetzten Gebietes. (Requisitionen und planmäßige Ausplünderung des besetzten Gebietes von Rumänien, unermeßliche Kriegskontributionen für Städte und Departements.)

36. Waterstal, Unteroffizier, Gefangenlager Carbodiz. 37. Welschner, Hauptmann und Verbindungsoffizier der Etappe Campulung. 38. Welser (Baron), Militärverwaltung Rumänien. 39. Migoreck, Soldat 4. Komp. X./36. Inf. Regt. 40. Wilke, Unteroffizier XX. 23. Regt. (Bat. Allenstein). 41. Zimmermann, Unteroffizier 2. Komp. Bat. XX.23. (Allenstein).

Der Siegeszug der Grippe

Eine neue Grippewelle geht durch die Welt. Aus der Schweiz, aus Dänemark, aus Frankreich, Spanien und Italien kommen Nachrichten über das plötzliche Wiederauftreten der Krankheit. Auch in Japan, in Indien und Nordamerika mehren sich die Erkrankungen. In Deutschland tritt sie in allen Teilen des Reiches mehr oder weniger stark auf.

In Berlin sind in den letzten Tagen Zahl und Erscheinungsform der Grippeerkrankungen gefährlich gestiegen. Am 14. waren es unter 1170 Meldungen 599. Nach den Ermittelungen der Ortskrankenkasse sind Todesfälle nicht allzu häufig; bisher zählte man etwa acht bis zehn täglich.

Es ist ausgeschlossen, Grippekranke noch in öffentlichen Krankenhäusern unterzubringen, da alle Krankenhäuser überfüllt sind. In Reichs- und Staatsbetrieben sind teilweise bis zu 40 Prozent des Personalbestandes erkrankt. Die Berliner Straßenbahn hat nur unter größter Mühe den Betrieb ordnungsgemäß aufnehmen können, weil ein sehr großer Teil des Fahrpersonals wegen Grippe in den Bahnhöfen nicht erschienen ist. Die Zahl der Erkrankungen nimmt immer noch zu.

Auch in Breslau wütet die Grippe in unheimlicher Weise. Das Steigen der Epidemie geht aus folgenden Zahlen der bei der Ortskrankenkasse Gemeldeten sowie der in den hiesigen Krankenanstalten Aufgenommenen hervor. Es starben im Januar 43 Personen an Grippe, 83 an Lungenentzündung und 79 an Lungentuberkulose, vom 25. bis zum 31. Januar 481 Personen an Grippe, von denen 32 starben, vom 1. bis 7. Februar 1375 Personen, von denen 97 starben. Der Höhepunkt ist noch nicht erreicht. — Die höheren, mittleren und Volksschulen Breslaus sind bis Ende des Monats geschlossen worden.

In Frankfurt a. M. tritt die Grippe wieder stärker auf, jedoch nicht so heftig, wie vor zwei Jahren. Die meisten Fälle verlaufen nach einigen Tagen gutartig. — Die bei der Leipziger Ortskrankenkasse gemeldeten Grippeerkrankungen betrugen am 11. Februar 205. In den folgenden Tagen gingen sie bis auf 146 zurück, um am 17. die Höhe von früher zu erreichen. — In Düsseldorf sind zahlreiche Grippeerkrankungen beobachtet einen bedrohlichen Umfang hat die Krankheit aber bis jetzt hier nicht angenommen. Ein erheblicher Teil der Erkrankungen geht in Lungenentzündung über. — Von einem epidemischen Auftreten der Grippe kann in Hamburg glücklicherweise nicht die Rede sein, und das ist um so bemerkenswerter, als die Ernährungsverhältnisse in den letzten Monaten schlecht geworden sind. Die Krankenhäuser sind allerdings stark mit Grippekranken belegt, aber die Aerzteschaft ist überzeugt, daß eine weitere Ausbreitung nicht mehr zu befürchten ist. Die Natur der Krankheitsfälle war nicht sehr bösartig; Todesfälle sind besonders bei jungen Frauen im Alter von 20 bis 30 Jahren, jedoch auch bei Kindern zwischen 1 und 10 Jahren häufig beobachtet worden. — Seit Januar dieses Jahres hat die Zahl der Grippeerkrankungen in Bremen, wie vom Gesundheitsrat mitgeteilt wird, wieder eine erhebliche Zunahme erfahren, und zwar tritt die Epidemie in schwerer Form auf. Nach den beim städtischen Gesundheitsamt eingelaufenen Todesbescheinigungen sind in der Stadt Bremen verstorben: vom 18. bis 24. Januar an Grippe 5, an Lungenentzündung 15, vom 25. bis 31. Januar an Grippe 30, an Lungenentzündung 22, vom 1. bis 7. Februar an Grippe 54 an Lungenentzündung 23.

In Wien, das durch Hungersnot und große Tuberkulosesterblichkeit ohnehin auf dem Aussterbeetat der Weltgeschichte steht, greift die Grippe in furchtbarem Maße um sich. Gegenwärtig sind von ihr ungefähr 40000 Personen befallen. Es ist nahezu ausgeschlossen, Grippekranke in einem Wiener Spital unterzubringen. Da man auch zuhause kein Heizmaterial besitzt, müssen die Erkrankten in kalten Räumen bleiben. Die Infektionsgefahr ist durch die Hausbehandlung natürlich eine ungeheure.

Ein Opfer der Grippe

Bremen, 20. Februar. Der frühere Reichstagsabgeordnete Hinrich Hormann ist in Bremen, wo er Schulrektor war, im Alter von 56 Jahren an der Grippe gestorben. Er gehörte der Freisinnigen Volkspartei an.

Aus aller Welt

4000 Menschen ertrunken

Ein schweres Schiffsunglück hat sich, wie dem Hamburger Fremdenblatt aus Konstantinopel gemeldet wird im Bosporus ereignet. Dort sind zwei große Dampfer, jeder mit 2000 Flüchtlingen an Bord, auf Minen gelaufen und bei der Einfahrt in die Meerenge gesunken. Man meint, daß alle Passagiere umgekommen seien.

Große Kaliber

Daily Chronicle meldet, daß England in Zukunft keine Schlachtschiffe mit 30,5 Zentimeter-Geschützen mehr haben werde. Die neuen Schiffe würden Geschütze von 34,3 bis 40,6 Zentimeter und möglicherweise solche noch schwereren Kalibers führen. Die Schlachtschiffe mit schwächeren Geschützen sollten ausrangiert werden. Darunter befänden sich vermutlich neun Dreadnoughts, die verkauft werden sollten.

Das sieht gerade nicht danach aus, als hege England die Ueberzeugung, der Weltkrieg 1914/18 werde der letzte gewesen sein.

500 Schieber verhaftet

Die berüchtigte Schieberstraße im Zentrum der Reichshauptstadt, die Grenadierstraße, wurde wieder einmal gründlich ausgeräuchert. Zwei Hundertschaften der grünen Sicherheitspolizei, unterstützt durch 30 Kriminalbeamte, wurden vom Polizeipräsidium aus in Marsch gesetzt. Im Laufschritt wurde die Straße besetzt und abgeriegelt. Patrouillen drangen in die Häuser ein und holten die in die Hauseingänge geflüchteten Schieber und Schleichhändler heraus. Rund 500 Personen wurden durch die Beamten zusammengetrieben und in Gruppen nach der Alexanderkaserne gebracht. Eine große Summe Hartgeld wurde den Schiebern abgenommen und beschlagnahmt. Ebenso wurden Kleidungsstücke und Wäsche in beträchtlichen Mengen vorgefunden, über deren rechtmäßigen Erwerb sich die derzeitigen Besitzer in den meisten Fällen nicht ausweisen konnten.

Banditenfrechheit

Aus Schwientochlowitz (Oberschlesien) wird gemeldet: Die Frechheit der Banditen nimmt Ausmaße an, wie man sie früher nicht für möglich gehalten hätte. Mehrere mit Revolvern versehene Rowdies drangen in das heilige mit Gästen besetzte Automaten-Restaurant und zwangen den Wirt durch Vorhalten des Revolvers zur Herausgabe von Schnaps und Wurst, die sie an Ort und Stelle verzehrten, wobei ihnen der Wirt Gesellschaft leisten mußte. Die sonst noch Anwesenden wurden durch die Revolver in Schach gehalten. Später machten sie in einem zweiten Restaurant eine größere Zeche, die sie mit vorgehaltenen Revolvern beglichen.

Am Abend einer Hochzeit kam es zu einer regelrechten Schießerei, bei der jedoch niemand verletzt wurde.

Aus der kleinen Kapelle des katholischen Friedhofes ist von Lieben die Sterbeglocke mit dem Zugstück gestohlen worden. Die Täter konnten nicht ermittelt werden.

Die Devisenkurse

Berlin, 19. Februar. (Amtlich.)

		19. 2. Geld	19. 2. Brief	18. 2. Geld	18. 2. Brief
Holland	100 Gulden	3671.—	3679.—	3710.—	3724.—
Schweiz	100 Frank	1576.—	1579.—	1613,25	1616,75
Wien (alte)	100 Kronen	89,21	89,29	39,96	40,04
Wien (deutschösterr. abgelt.)	100 Kronen	85,71	85,79	85,96	86,04
Prag	100 Kronen	100,95	101,10	100,90	101,10
Spanien	100 Peseten	1678,25	1681,75	1693,25	1696,75
Brüssel-Antwerpen	100 Frank	716,75	718,25	719,25	720,75
Italien	100 Lire	537,—	538,—	539,50	540,50
London	1 Pfd. Sterl.	834 65	885,35	885,90	886,10
Neuyork	1 Dollar	99 40	99,60	100,40	100,60
Paris	100 Frank	692,30	693,70	696,30	698,20

Zürich, 19. Februar. Devisenkurse. Berlin 6,40, Wien 2,80, Holland 229, Neuyork 6,25, London 21,10, Paris 44,25, Italien 34,50, Brüssel 45,50, Kopenhagen 90, Stockholm 114, Christiania 107, Madrid 106,50, Buenos Aires 280.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200220/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Herzinniger Dank.

Für die vielen Beweise der Liebe und Anteilnahme sowie für den überaus herzlichen Blumenschmuck beim Heimgange unseres lieben, guten, unvergeßlichen Sohnes und Bruders

Herbert Mattern

sagen wir allen lieben Verwandten, Bekannten und Herrn Pfarrer Paul für die trostreichen Worte am Grabe den herzlichsten Dank. Ganz besonders innigsten Dank unsern lieben Hausbewohnern, Nachbarn, der Grammlingend, seinen treuen Freunden und ehemaligen Schulkameraden, dem Gesangverein Männer- und Frauenchor und der Gartenkolonie. Coschütz, den 20. Februar 1920.

Die tieftrauernden Eltern nebst Bruder und Schwester.

Dir, lieber Herbert, rufen wir ein herzliches Lebewohl! und innigsten Dank für alles Liebe und Gute, was du an uns getan hast, in dein stilles Grab nach. Taylor wohl! [b 4580

Am 18. d. M. verschied nach kurzem Leiden an den Folgen einer Grippe unser liebes Mitglied

Erich Keyl.

Wir werden dem so früh Dahingegangenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren. Möge ihm die Erde leicht sein!

Edwin Lindner
und das [s 560
Dresdner Philh. Orchester.

Ein edles Herz schlägt nicht mehr!

Dienstag abend 10 Uhr entschlief sanft nach schwerem Leiden mein seelensguter Gatte

Robert Hoheisel.

Dies zeigen teilnehmenden Freunden und Bekannten in tiefstem Schmerz um stilles Beileid bittend an

Pohna, Königstraße 26 — **Marie verw. Hoheisel**, Emil Mockel und Frau nebst allen Verwandten.

Die Einäscherung findet Montag, nachmittags 3 Uhr, in Tolkewitz statt. [w 320

Zurückgekehrt vom Grabe unsers lieben Entschlafenen, des Schuhmachermeisters

Johann Maul

sagen wir allen für die liebevolle Teilnahme durch Wort und Schrift, für die herrlichen Blumenspenden und das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte den herzlichsten Dank. Besonders danken wir Herrn Pfarrer Fischer für seine trostreichen Worte am Sarge.

Dresden-N., Oschatzer Str. 23, Mittrachau 13

Die tieftrauernde Gattin und Kinder.

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich das Geschäft meines verstorbenen Mannes weiterführe und bitte um gütige Unterstützung.

w 296] Hochachtungsvoll Fr. verw. Maul.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe meines heißgeliebten, unvergeßlichen Gatten und Vaters, unsers lieben Sohnes, Bruders, Onkels und Schwagers, des Heizers

Hans Otto Weißflog

ist es mir ein Herzensbedürfnis, hiermit allen herzlich zu danken. Besonders Dank den lieben Hausbewohnern, Nachbarn, Freunden und Bekannten, seinen lieben Kollegen und Kolleginnen der Firma Th. Steuert, dem Schlachtclub Burgsteinfurt, Neuhannover, sowie dem Männer- und Frauenchor Sängerlust, Cunnersdorf.

Dir aber, liebes Vatel, sagen wir ein Habe Dank! für deine aufopfernde, treue Liebe und Sorge um uns.

Du wirst uns unvergeßlich sein!

Klein-Naundorf, den 17. Febr. 1920.

In namenlosem, tiefstem Schmerz:

Martha Weißflog geb. **Klügel** nebst Töchterchen Gerchen und Gh.

Dein Denken war stets nur bei uns daheim. / Nie dachtest du an dich. / Nur für deine Lieben lebten / War deine größte Pflicht.

Du warst so liebreich und so gut, / Du starbst so früh, wie weh das tut. / O schlummre sanft und unbetrübt. / Du wirst von uns stets fortgeliebt. [w 16

Gesucht wird

tüchtiger Fachmann für die Fabrikation von Hornknöpfen, der über gründliche Erfahrungen in Kalkulation und Verkauf verfügt. Gef. Angebote unter E. G. 4738 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Prag, Národní 24. [f 253

Gesucht wird tücht. Fachmann

für Hornpresserei. Gef. Angebote unter Chiffre **E. F. 4737** an Haasenstein u. Vogler, A.-G., Prag, Národní 21. [f 252

Zentralarbeitsnachweis

Abt. f. Hausnäherinn., Ringstr. 15, Fernsp. 25881

Gute Hausnäherinnen — Flickerinnen

zu vermeiden. Anmeldungen offener Stellen erbeten. Vermittlung kostenlos. [f 871

Zeitungsträgerin

für einen Teil von **Strehlen** gesucht.

Expedition d. Dresdner Volkszeitung.

Werkführer für Peitschenfabrik

tüchtig, in allen Arbeiten gründlich erfahren, gesucht gegen hohen Lohn. Angebote mit Zeugnisabschriften, Lohnanspruch und genauer Adresse unt. Peitsche an die Exp. d. Bl.

Piano-Zusammensetzer

sucht [f 841
Piano-Fabrik **H. Wolffrum**
Leipzig-Hartmannsdorf, Str. 52.

Einige Tischler für Mühlenbau

sucht

R. Leinbrock Nachf.
Niedersedlitz.

Leicht. Nebenv. v. 100 M. wöch. u. mehr d. Vert. in. neuen, ges. geschl. Artik. Jeder ist Käufer. Versandhaus Hammer, Dresd.-Strehlener Str. 4.

Klempner- u. Installateur-

Lehrling

wird für Ostern in gute Lehre gesucht bei [b 4560 Klemnermstr. O. Geißler, Dohna, Bez. Dresden.

ECHTER TEE QUALITÄTS MARKE
JOHANNES GÖTTE, TEE-IMPORT DRESDEN 16

Quellen-Bücher für die Jugend
Stück 1.25 M.
Volksbuchhandlung.

Sachsenwerk, Licht- und Kraft-Aktiengesellschaft Niedersedlitz-Dresden.

Die außerordentliche Generalversammlung vom 21. November 1919 hat beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft von 9 Millionen Mark um höchstens weitere 6 Millionen auf höchstens 15 Millionen Mark durch Ausgabe von 6000 neuen, auf den Inhaber und einen Nennwert von je M. 1000 lautenden Aktien unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre zu erhöhen. Die neuen Aktien nehmen ab 1. Januar 1920 an der Dividende teil und sind im übrigen den alten Aktien gleichberechtigt.

Auf Grund dieses Beschlusses sind 6 Millionen Mark neue Aktien an ein unter Führung des Bankhauses Gebr. Arnhold, Dresden, stehendes Konsortium begeben worden mit der Verpflichtung, sie den seinerzeitigen Aktionären zum Kurse von 140 % anzubieten, und zwar dermaßen, daß auf je 3000 Mark alte Aktien 2000 Mark neue Aktien bezogen werden können.

Nachdem nunmehr die Durchführung der Kapitalserhöhung in das Handelsregister eingetragen ist, fordern wir hierdurch die Aktionäre der Gesellschaft auf, das Bezugsrecht unter nachstehenden Bedingungen auszuüben:

1. Auf 3000 Mark alte Aktien können 2000 Mark junge Aktien zu je 1000 Mark Nennwert zum Kurse von 140 % bezogen werden.
2. Die Anmeldung zur Ausübung des Bezugsrechtes hat zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit vom
   23. Februar bis mit 10. März 1920 einschließlich
   in **Niedersedlitz** bei der Gesellschaft oder
   in **Dresden** • dem Bankhause Gebr. Arnhold oder
   • der Mitteldeutschen Privatbank A.-G. oder
   in **Berlin** • dem Bankhause Gebr. Arnhold, Dresden, Berliner Bureau, oder
   • dem Bankhause Arons & Walter oder
   • dem Berliner Bankinstitut Joseph Goldschmidt & Co. oder
   in **Leipzig** • dem Bankhause H. C. Plaut
   während der üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen.
3. Bei der Anmeldung sind die Mäntel mit einem bei den Bezugsstellen erhältlichen Anmeldeverzeichnis, nach der Nummernfolge geordnet, einzureichen und der Bezugspreis für 1000 Mark neue Aktie mit 1400 Mark zuzüglich Schlußscheinstempel in bar einzuzahlen. Soweit die Ausübung des Bezugsrechtes im Wege des Briefwechsels erfolgt, werden seitens der Bezugsstellen die üblichen Spesen in Anrechnung gebracht.
4. Die Rückgabe der alten Aktien erfolgt sofort, die Ausgabe der neuen Aktien nach Erscheinen.

Dresden, den 19. Februar 1920.

Gebr. Arnhold.
[2] **Sachsenwerk, Licht- und Kraft-Aktiengesellschaft.**

Durch erneute Lohnerhöhung sind wir gezwungen, unsre Preise nochmals um 50 Prozent zu erhöhen.

Unsre geehrte Kundschaft bitten wir, davon gef. Kenntnis nehmen zu wollen.

Dresden, den 15. Februar 1920. [s 300

Die Vereinigung Dresdner Fenster-Reinigungs-Anstalten.

Opernschule Petrenz

Sonnabend den 21. Februar, 7 Uhr, Volkswohlhaustheater

Der Freischütz [s 562

Karten: Johannesstraße 23, 1., von 10 bis 4 Uhr.

Central-Theater-Diele Passage Prager Straße - Waisenhausstraße.

Engelbert Mildes Künstlerspiele

Täglich abends 8 Uhr.

Richard P. Dougson, deutsch-amerikanischer Raglimer
Rosel Seledy, Lustige Lieder am Klavier
Meta von Lessen, Eigene Dichtungen
Hans Schusch, der beliebteste Humorist
Ella Hardt, Opernarien und Lieder
Ellen Berger, Naive Scherze
Engelbert Milde [s 250

Salonkapelle Hunjaczek. Am Flügel Alfr. Strasser.

SARRASANI

Tägl. 7 Uhr, Sonntag u. Mittwoch auch 3 Uhr. Bei dem außerordentlichen Beifall, dessen sich das große Circusprogramm erfreut, ist es für Sonnabend und Sonntag speziell empfehlenswert, den Vorteil des **Vorverkaufs** auszunutzen. Der Beifall ist nicht verwunderlich, weil an keiner andern Dresdner Kunststätte gleich erstklassige Darbietungen in gleicher Fülle zu gleich volkstümlichen Eintrittspreisen geboten werden. Nachmittags zahlen zudem Kinder halbe Preise. Vorverkauf im Residenz-Kaufhaus und an der Circuskasse. **Sarrasani-Tricadero** ab 7 Uhr abends

---

Vaterland Licht-Spiele

Telph. I. 667 — Telph. II 667

Freiberger Platz — 20.

Tägl. v. 3½ bis 10, Sonntags v. 3 bis 10 Uhr

Uraufführung!

Der Kampf um die Ehe. II. Teil

Die feindlichen Gatten.

Großes Filmmonumentalwerk in 6 Akten.

In der Hauptrolle: **Thea Sanden :: Regie Zahn.**

Der erste Teil dieses Werkes wurde in der Weihnachtswoche mit großem Erfolge vorgeführt!

Dazu das lustige Beiprogramm!

Der Fall Hendersohn. Detektiv-Burleske. 2 Akte.

---

4. Kreis

Nächste **Vorstandssitzung**

Dienstag den 24. Febr. abends 7 Uhr [b 415 im **Jugendheim.**

Eingefangene und herrenlose Katzen

werden in unserm Tierheim, Tauenstr. 10, unentgeltlich angenommen. Zur Zeit werden Tiere von uns nicht abgeholt.

Alter Tierschutzverein.

Möbel

Schlafzimmer, Wohn- und Speisezimmer, Herrenzimmer, farbige Kuchen

---

Auf Kredit! **S. Osswald** 12 Marienstr. 12 I. H. Weigel & Zesch I. und II. Etage gegen bar!

Einzelne **Möbel** in großer Auswahl. Versand a. a. Orten. Besichtigung ohne Kaufzwang.

Alte, unmoderne [b 4517 **Herren-Hüte** werden wie neu umgepreßt Hutgeschäft Am See 28.

Gummiwaren

Wilhelm Heusinger Am See 37

Blesch-Bar und Weinstube

von 4 bis 7 Uhr **Nachmittag-Kaffee**

Eigene Konditorei.

Nachm. u. abends vornehm. Künstlerkonzert

Kino Briesnitz. Morgen Sonnab. u. Sonntag: **Nachtschatten**, spannend. Charakterdrama 4 Akte. Der Karnaval, Buster 2 Akt. Nur noch einige Vorstellungen.

Achtung, Friedens-Kautabake!

Als Generalvertreter von zwei der ältesten Kautabakfabriken (gegründet 1821 und 1861) kann ich täglich frisch die bekannten Spezialitäten:

Nordhäuser Lerche und **Rostocker Kautabak**

liefern. Beide sind absolut erstklassige Fabrikate und nur echt, wenn Herstellerfirma eingeprägt ist. Ladenpreis für alle echten Kautabake ist mit 2— Mark vorgeschrieben.

Jeder Kunde möge sich in meinem Laden durch **unentgeltliche Kostprobe ohne jeden Kaufzwang** von der ganz vorzüglichen Qualität persönlich überzeugen.

Abgabe an Wiederverkäufer nur gegen Handelserlaubnisschein. [w 217

Grosshaus **Johannes Philipp**

Große Brüdergasse 5 (Nähe Schloßstraße) und Ammonstraße 40 (vorderer Kaitenbrücke).

Achtung! Zigarettensteuer kommt!

Zigaretten aus reinen, besten Tabaken, besonders für Gastwirte u. Kaufleute geeignet, das Tausend zu Mark 145.— bis Mark 310.— empfiehlt [f 342

M. Bauer & Co., Zigarren- und Zigarettenspezialhaus

Moritzstraße 6 Fernruf 16 197. — Zinzendorfstraße 41 Fernruf 17 125.

Achtung! Raucher!

Offeriere Tabak, rein Ueberseer, Paket 2.75 M., ferner echt dänischen Kautabak, 3.90 M. [b 4573

Karl Müller, Heinrichstr 2, nahe Hauptstr.

Werkzeuge und Geräte f. den Garten

Heckers Sohn Dresden-Neust. Körnerstraße 1 u. 3.

Zweigniederlassungen: Plauen, Altplauen 8, Striesen, Vogelstraße 51, Trachau, Leipziger Str. 159

[f 258]

Emaille, Aluminium

beste Qualität, äußerst preiswert [f 148

Porzellan-Küchengarnituren

14- und 22teilig, 120 bis 250 M.

Glaswaren, Holzwaren usw.

Zentral-Kaufhaus

Plauenscher Grund — Alois Eckstein

Potschappel, direkt am Bahnhof oder Straßenbahnh. **22.**

Dampf-Färberei Lieferzeit 5—6 Tage

Gebr. Berthold, Gabelsbergerstr. 18.

Annahmen: Gabelsbergerstr. 18, Freiberger Platz 10, Wettinerstr. 34, Pillnitzer Straße 47, Marschallstr. 50, Webergasse 4, Dorotheenstraße 12, Waisenhausstraße 1.

Felle! Häute!

mit wahrheitsgemäßen Preisen

übertreffen jedes Angebot!

Ich zahle für:

gr. Rockfelle	175 M.	Schaffelle, nach p. Kilo	25 M.
„ Ziegenfelle	170 „	Kalbfelle, roh, „ „	61 „
Junge „ bis	130 „	Fuchsfelle bis	650 „
Kaninchenfell, p. Kilo	70 „	Marderfelle, roh Stück bis	2000 „
Bälgefelle	23.50 „	Iltisfelle bis	400 „
Katzenfelle, roh	25 „	Schafwolle, Kilo bis	60 „
Maulwurffelle gespannt	19 „		

Händler haben besondere Berücksichtigung.

Nur Grunaer Str. 31, II., Drimer.

Ueberzeugung macht wahr!

Ich zahle [f 477

den **allerhöchsten Preis** und kaufe alte künstliche, auch zerbrochene

Gebisse

Zahle pro Zahn M. 18.50 wenn echt
Platin in jeder Form pro Gramm M. 265.—
Brennstifte bis zu M. 250.—

Silbermüntz, Wettinerstr. 8, I.

von 9—6 Uhr. Nächst Nähe des Postplatzes.

Ich zahle

streng reelle Preise

Zähne per Stück 17—50 M.

Knopfstifte die Hälfte.

Brennstifte bis 200 M. Platin, Gramm 260 M. Quecksilber, Kilogramm 65—75 M.

Sämtliche alten Metalle. [f 478

Tager, Dresden, Webergasse 33, I.

---

21 Mark pro Zahn wenn echt

Knopfstifte die Hälfte.

Brennstifte bis **260 Mark**

Platin u. Platinabfälle

Tiegel, Kontakte per Gramm **260 M.**

Kupfer, Messing, Zinn zu den höchsten Tagespreisen.

Karl Tittel, Schäferstr.

Ecke Adlergasse 32, I.

Telephon 20419

Straßenbahnen 2, 19, 21, 22, 26. [f 477

Zinn, Kupfer, Messing, Blei

Zink, Zinn-Stanniol, Zinn-Geschirr. Ich zahle die höchsten Preise, bin Einkäufer für Schmelzwerk.

Michel, Rosenstraße 11, Restaurant (im Hofe).

Einkauf jederzeit, auch kleine Posten. [b 4

Die Neustädter Uhrmacher u. Goldschmiede

zahlen stets

die höchsten Tagespreise

für Gold, Silber, Brillanten, Platin, Zahngebisse usw.

40 Bautzner Str. 40.

[f 348]

Altes Zinn, Kupfer, Messing

Stanniol, Schokoladen-Papier, **Quecksilber**

große, auch kleinste Posten, kauft zu höchsten Preisen **Rauch, Große Brüdergasse 21, I.** rechts. [f 5

Nur kurze Zeit

kaufe ich alte künstliche

Zahngebisse einzelne Zähne

nicht unter 18 M., wo die Echtheit festgestellt ist. Knopfstifte die Hälfte.

Brennstifte und Platin

in jeder Form zu hohen Tagespreisen nur

Wettinerstraße 21, 1.

Schnaps. [f 20

Kaufe alte, künstliche **Zähne**, ganze und zerbrochene **Gebisse**

Kein Zahn m. Platinstift unt. 18 M.

Knopfstifte die Hälfte. — Kaufe jeden Posten. —

Brennstifte in Größe u. Gewicht bis 200 M. und mehr

Zahle für **Platin** in jeder Form 255—260 M. pro Gramm. — Einkaufsstelle

Gr. Brüdergasse 21, I. rechts

Rauch [f 428

ununterbrochen v. früh 9 bis abends 7 Uhr.

Ich suche Alte Gebisse

auch zerbrochene, und ganz alte Teile zu kaufen.

Zahle Pro Zahn bis 18 Mark, in Gold- u. Platinverarbeitung bis 50 M., in besonders wertvoller Verarbeitung Gebiß bis **2000 M.**

Da ganz alte Gebisse oft einen besonders hohen Wert repräsentieren (das Mehrfache des Friedens-Anschaffungspreises), dessen Höhe nur fachmännisch festgestellt werden kann, bitte ich, diese Gelegenheit nicht zu versäumen. [f 21

Brennstifte bis 100 M. (p. G. wicht)

Platin 140 bis 200 M.

Ankauf nur Freitag d. 20. Febr., Sonnabend d. 21. u. **Montag** d. 23. Febr., 9—4 Uhr.

Langer, Frauenstr. 12, I., gegenüber Kaufhaus.

Ich zahle

den **allerhöchsten Preis** und kaufe alte, künstliche, auch zerbrochene

Gebisse

Zahle pro Zahn M. 18.50 wenn echt
Platin in jeder Form pro Gramm M. 265.—
Brennstifte bis zu M. 250.—

Halpern, Breite Str. 1, I. [f 477 von 6 Uhr

Ich zahle diese Woche für alte künstliche

Zähne pro Stück M. 17.50
Platin in jeder Form pro Gramm M. 250.60
Brennstifte bis zu M. 250.00 nach Gewicht

Große Brüdergasse 41, 1., nächst Postplatz.

Kaufe auch von Zahnärzten und Händlern.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200220/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsische Angelegenheiten

Der Verkauf der Radeberger Militärwerkstätten

Die Radeberger Zeitung, ein konservatives Blatt, hatte unter teilweiser Veröffentlichung der Vertragsvorschriften behauptet, das Radeberger Feuerwerkslaboratorium sei für 14½ Millionen Mark an ein privates Konsortium verschleudert worden, obwohl der Wert des Werkes auf 50 Millionen Mark geschätzt worden sei. Auch wir haben von dieser aufsehenerregenden Behauptung Notiz genommen und um Aufklärung ersucht. Dazu wird uns jetzt von der zuständigen Stelle durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei folgendes mitgeteilt.

„Zunächst die Hauptsache. Aus dem Verkauf des Radeberger Feuerwerkslaboratoriums sind nicht 14½ Millionen, sondern insgesamt etwa 47 Millionen Mark erzielt worden. Außerdem sind dabei für die sächsische Volkswirtschaft, die sächsische Arbeiterschaft und besonders die Stadt Radeberg erhebliche Vorteile errungen worden. Dies alles nur nach langen Verhandlungen und Ueberwindung beträchtlicher Schwierigkeiten.

Der Preis derartiger Werke wurde zunächst dadurch gedrückt, daß die völlige Umstellung ihres rein auf das Militärische eingestellten Betriebes auf Friedenserzeugung sehr unproduktiv erscheint. Gerade bei der Eigenart der Radeberger Anlagen bedeutet dies ein großes Risiko. So ist deshalb z. B. von dem anfangs einzigen Bewerber für die gesamten sächsischen Heeresbetriebe (Artilleriewerkstatt und Munitionsfabrik Dresden, Pulverfabrik Gnaschwitz sowie die Anlagen in Radeberg) nur ein Gesamtpreis von 24½ Millionen Mark einschließlich aller Vorräte an Rohstoffen geboten worden. Ein für die Reichsregierung selbstverständlich unannehmbares Angebot. Nach langen Verhandlungen ist es dann der sächsischen Regierung gelungen, allein für die Gebäude des Radeberger Laboratoriums, einen Teil seiner Betriebseinrichtungen und einen Teil seiner Rohstoffe einen Preis von 18 Millionen Mark zu erzielen. Aus dem Verkauf der hierbei nicht mit inbegriffenen Maschinen und Rohstoffe des Laboratoriums sind insgesamt noch über 29 Millionen Mark erlöst worden. Besonders wertvoll war dabei, daß es der sächsischen Regierung gelungen ist, fast alle diese Monate entgegen dem ursprünglich bei der Reichsregierung bestehenden Plane der sächsischen Volkswirtschaft zu erhalten.

In diesen erheblichen finanziellen und wirtschaftlichen Vorteilen sieht aber das Arbeitsministerium noch nicht seinen Hauptzweck. Dieser liegt vielmehr darin, daß es gelungen ist, das Zerschlagen der Radeberger Werke zu vermeiden. Bei ihrem Ausschlachten hätten sich vielleicht noch höhere Verkaufspreise erzielen lassen. Es hätte das aber die Arbeitslosigkeit von 800 Arbeitern und eine schwere Schädigung der Stadt Radeberg bedeutet. Deshalb sollte die Weiterführung der Werke gesichert werden, und so sind in den Vertrag jene Bestimmungen aufgenommen worden, die, wie bereits erwähnt, bei den anfangs angeführten Pressemeldungen der Oeffentlichkeit vorenthalten wurden. Diese Vertragsbestimmungen verpflichten die Käufer bindend, den Betrieb des Laboratoriums derart aufrecht zu erhalten, daß 800 Arbeiter noch mindestens zwei Jahre Beschäftigung finden. Sollten die Käufer diese Verpflichtung nicht erfüllen, so verfallen sie in eine Konventionalstrafe von zwei Millionen Mark und müssen obendrein von einem etwaigen Veräußerungsgewinn 50 Prozent an das Reich abliefern.

Das Arbeitsministerium hat also im Einvernehmen mit dem Reichsschatzministerium beim Verkauf des Radeberger Werkes dieses nicht für 14½ Millionen Mark „verschleudert", sondern es hat zunächst der Reichskasse einen Erlös von 47 Millionen Mark erzielt, große Rohstoffvorräte der sächsischen Wirtschaft erhalten, 800 Arbeiter für mindestens zwei Jahre vor Arbeitslosigkeit gewahrt und für den sächsischen Staat, wie für die Stadt Radeberg das Weiterbestehen eines großen Betriebes gesichert."

Aus diesen Darlegungen ergibt sich wohl deutlich genug, daß der Vorstoß in der Radeberger Zeitung auf eine leichtfertige deutschnationale Mache zurückzuführen ist, offenbar zu dem Zwecke inszeniert, der Regierung Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Sachsen auf der Auslieferungsliste

Eine amtliche Auslassung.

Durch Wolffs Landesdienst wird von amtlicher Seite — die Stelle wird nicht näher bezeichnet — folgendes zur Auslieferungsfrage mitgeteilt:

„1. Die in den Zeitungen veröffentlichten Listen enthalten 35 sächsische Namen, darunter die von 10 Gefallenen oder Gestorbenen. Unter den Anschuldigungen befinden sich mindestens acht, für die, wie bereits jetzt feststeht, die beschuldigten Persönlichkeiten nach Zeit und Ort niemals in Frage kommen können. Setzt man diese „Ungenauigkeiten" nur auf Rechnung tatsächlicher Unkenntnis, so kennzeichnen sie die ungeheuerliche Frivolität, mit der hier Männer der schwersten Verbrechen bezichtigt werden. Die Gesamttendenz des Auslieferungsverlangens gestattet uns jedoch noch einen andern Schluß: Das Ganze soll die lügenhafte Greuelpropaganda unsrer Feinde während des ganzen Krieges nachträglich als wahr erweisen. Auf die Masse der Anschuldigungsfälle kommt es also an. So behielt man wider besseres Wissen auch so offensichtlich unhaltbare Fälle, wie oben angeführt, bei, für die es einmal gelungen war, den nötigen Beweisapparat, Zeugenaussagen usw. zu erkaufen oder zu erpressen.

2. Die französische Liste beschuldigt unter Nr. 132 den Kommandierenden General des 12. Armeekorps, die Kommandeure der Grenadier-Regimenter 100 und 101, des Schützen-Regiments 108, der Infanterie-Regimenter 102, 103, 134, 177, 178 und der Artillerie-Regimenter 28 und 64 der Plünderung, Brandstiftung und Brunnenvergiftung in Reitel, Dinant und andern Orten.

Diese umfassende Beschuldigung beruht auf den Angaben in Privattagebüchern je eines Offiziers der Infanterie-Regimenter 177 und 178. Die privaten Aufzeichnungen zweier in untergeordneter Stellung befindlicher Angehöriger zweier Truppenteile, denen natürlich jeder Ueberblick über die Ereignisse außerhalb des Rahmens ihrer nächsten Umgebung fehlen muß, werden also für ausreichend erachtet, um auf sie die schwersten Anklagen gegen die höheren Führer von elf verschiedenen Truppenteilen zu basieren.

Nicht genug damit! Man höre den Inhalt der Aufzeichnungen:

„Der Brand von Reitel war furchtbar, die Vandalen hätten es nicht besser machen können das ist eine Schande für unsre Armee. Der Wert der zerstörten Sachen beziffert sich nach Millionen. Ich konnte mich nicht enthalten, da und dort einige kleine Gegenstände an mich zu nehmen unter dem Namen „Andenken" (sic) . . . da habe ich einen Regenmantel gefunden und einen Photographenapparat für Felix . . ."

Der uns bekannte Schreiber dieses Tagebuches ist gefallen. Dem Toten mögen seine Mitkämpfer vergeben, daß er in Unkenntnis der Tatsachen und voreiligem Urteil ihre Ehre beschmutzte. Der Mann, der sich selbst hier des widerrechtlichen Eingriffs in fremdes Privateigentum bezichtigt, kann nun und nimmer Richter sein über die Taten der ganzen Armee.

Der zweite Tagebuchauszug:

„Man brennt unaufhörlich: Auf einem Hügel brennt ein Dorf, bei seinem Anblicke dachte ich an den Brand Walhallas in der Götterdämmerung. Das war ein wunderbares Schauspiel, aber ergreifend . . . Reitel in Flammen."

Zwei mehr oder minder schwärmerische Ergüsse, also urteilsunfähiger Menschen! Weder in dem einen, noch in dem andern ein Wort über Dinant, ein Wort über Brunnenvergiftung, ein Wort über die Verantwortlichkeit von Führern für die angeblichen Untaten.

Daß Reitel, Dinant und manche andre belgische Ortschaft den Kämpfen zum Teil zum Opfer gefallen sind, die um sie geführt werden mußten, Kämpfe die dank der verbrecherischen Teilnahme der Bevölkerung von Tag zu Tag fast an Erbitterung zunahmen, beklagen auch wir."

Soweit die amtlichen Auslassungen. Wir sind weit davon entfernt, die Beschuldigten übereilt freizusprechen, aber die vorstehenden Angaben, offenbaren doch mindestens, daß die Beschuldigungen in vielen Fällen auf sehr schwachen Füßen stehen, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die Ausführungen von amtlicher Seite offenbar von einer Stelle herrühren, die den Beschuldigten sehr nahe steht.

Verdoppelte Eisenbahnfahrpreise vom 1. März an

Nach einer Leipziger Zeitung ist nunmehr der 1. März 1920 endgültig als Zeitbeginn für die auf 100 Prozent erhöhten neuen Eisenbahnfahrpreise auch für Sachsen festgelegt. Die amtlichen Bekanntmachungen darüber sind in den nächsten Tagen zu erwarten.

Nach den neuen Sätzen sind für das Kilometer künftig in der vierten Klasse neun Pfennig gegen zwei Pfennig im Frieden und während der ersten Friedensjahre zu entrichten; für die dritte Klasse werden auf das Kilometer 14⅓ Pfennig, für die zweite Klasse etwa 24 Pf. und für die erste Klasse 54 Pf. berechnet. Neben Fahrkartenpreisen werden auch die Schnellzugszuschläge verdoppelt.

Einheitliche Erwerbslosenunterstützung

Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Zahlreiche Gemeinden im Reiche und insbesondere im Freistaat Sachsen haben auf Vorstellung ihrer Erwerbslosen sich veranlaßt gesehen, ihnen aus Gemeindemitteln in Gestalt einmaliger Beschaffungsbeihilfen oder niedrigerer Anrechnung von Arbeitsverdienst bei teilweiser Erwerbslosigkeit oder sogar durch Ueberschreitung der in der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge festgesetzten Höchstsätze Sonderzuweisungen zu machen. Schon durch eine Verordnung vom 27. Oktober vorigen Jahres hat der Reichsfinanzminister die Ermächtigung erhalten, Gemeinden und Gemeindeverbänden, die die reichsrechtlich zulässigen Höchstsätze für Erwerbslosenunterstützung überschreiten, die Reichsbeihilfe zu entziehen. Wenn bisher eine derartige Entziehung nicht vorgenommen worden ist, so geschah dies lediglich, um dem Träger der Erwerbslosenfürsorge einige Zeit zu lassen, die etwa über die Höchstgrenze hinaus gewährten Unterstützungssätze allmählich bis auf das vorgeschriebene Höchstmaß abzubauen. Nun sind durch eine Verordnung vom 15. Januar 1920 mit Wirkung vom 1. Februar 1920 die Unterstützungssätze erheblich erhöht worden. In Zukunft wird daher der Reichsfinanzminister bei Ueberschreitung der Höchstsätze und Erwerbslosenunterstützungen kein Entgegenkommen mehr zeigen können, sondern unnachsichtlich denjenigen Gemeinden sämtliche Reichsbeihilfen zur Erwerbslosenfürsorge entziehen, die auch fernerhin reichsrechtlich unzulässige Leistung gewähren. Sowohl die Erwerbslosen als auch die Vertreter der Gemeinden werden sich daher vor Augen halten müssen, daß sie durch Forderung und Bewilligung unzulässiger Leistungen außerordentlich schwere finanzielle Nachteile für ihre Gemeinden heraufführen. Es steht zu hoffen, daß diese Einsicht Allgemeingut aller Beteiligten wird und die bisherige dauernde Beunruhigung der Allgemeinheit durch unzulässige Abänderungen der Sätze verschwindet.

Die Extrawurst der Eisenbahner

In verschiedenen Tageszeitungen, namentlich in der Provinz, war unter obiger Ueberschrift in den letzten Tagen eine Notiz enthalten, die, wie uns der Eisenbahnerverband mitteilt, unrichtige oder doch übertriebene Angaben enthält. Besondere Lebensmittel erhalten die Eisenbahner im allgemeinen nicht, nur das Lokomotivpersonal erhält in Anbetracht seines schweren, verantwortungsvollen Dienstes noch eine Sonderbelieferung. Diese besteht aus

1. aller 14 Tage 200 Gramm Wurst fragwürdiger Qualität,
2. „ 14 „ 120 „ Speck,
3. „ 8 „ 2 Pfund Brot,
4. „ 4 Wochen 200 Gramm Margarine,
5. Vierteljährlich 2 Pfund Haferflocken oder Graupen.

Diese Sondergaben werden nur verabreicht, um das Lokomotivpersonal bei ihrer aufreibenden und verantwortungsvollen Tätigkeit möglichst leistungsfähig zu erhalten und um zu verhüten, daß eine zu weit gesteigerte Unterernährung die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs beeinträchtigt. Das liegt vor allem auch im Interesse des reisenden Publikums.

Auslandsbrot und Inlandshöchstpreise

Eine bemerkenswerte Entscheidung hat soeben das sächsische Oberlandesgericht gefällt. Der Kantinenpächter Oertel in Chemnitz hatte Anfang März 1919 von einer Frau 22 Stück Vierpfundbrote zum Preise von 1,75 M. das Pfund gekauft und sie in Ausübung seines Kantinenbetriebes für 2 M. das Pfund weiterverkauft. Das Brot soll aus Böhmen gestammt haben. Das Schöffengericht hat den Angeklagten, der nicht gewußt haben will, daß auch ausländisches Brot der inländischen Verbrauchsregelung und insbesondere den Höchstpreisen unterliegt, wegen Schleichhandels zu einer Woche Gefängnis und 100 M. Geldstrafe verurteilt. Das Berufungsgericht bestätigte die Strafe. Von einem unverschuldeten Irrtum könne keine Rede sein. Auf die Revision des Angeklagten hat das Oberlandesgericht das angefochtene Urteil aufgehoben und auf kostenlose Freisprechung erkannt. Die Verurteilung ließe sich nur aufrecht erhalten, wenn bereits im März 1919 der Verkauf von ausländischem Brote der Verbrauchsregelung im Inlande unterlegen hätte. Die in Betracht kommende Verordnung beziehe sich aber nur auf Mehl oder Getreide, das aus dem Auslande stammt, nicht aber auch auf Brot, das als Fertigfabrikat aus dem Auslande nach Deutschland gebracht wird. Die Frage, ob ein andres Kriegsvergehen vorliegt, insofern der Angeklagte das aus dem Auslande stammende Brot in Chemnitz über die dort geltenden Höchstpreise verkauft hat, stehe nicht zur Entscheidung, sondern sei selbständig zu behandeln.

Forderungen der Krankenkassenbeamten

In einer am 17. Februar 1920 in Döbeln stattgefundenen Versammlung der Krankenkassenbeamten von 25 verschiedenen Kassen Mittelsachsens wurde folgende Resolution beschlossen:

Die am 17. Februar 1920 in Döbeln versammelten Angestellten der Krankenkassen Mittelsachsens, organisiert im Zentralverband der Angestellten und im Bunde deutscher Krankenkassenbeamten, halten die in dem abgeschlossenen Tarifvertrag zwischen dem Hauptverband deutscher Krankenkassen einerseits und dem Zentralverband andrerseits festgesetzten Bezüge für unzureichend und fordern die Einführung der für die Reichsbeamten vorgesehenen Sätze.

Hamsterer und Justiz

Vor dem Oberlandesgericht Dresden wurde in einem Strafprozeß verhandelt, dessen Ausgang beim Publikum mit Recht Kopfschütteln hervorrufen muß.

Der Sternsteinhof

66

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber

Da saß er nun in der dumpfigen Kanzleistube an dem verstaubten Amtstische und las, da er sich vor Langweile nicht auswußte, die Eintragungen in den Kirchenbüchern, was ihn allerdings längere Zeit beschäftigen konnte, da selbe hundert- fünfzig Jahre zurückreichten. Fliegen umschwärmten ihn und wenn sich eine oder mehrere auf seinem Kopfe tummelten und in dem steifen Haar verwirrten, so schlug er mit der flachen Hand danach.

Er erhob eben wieder die Hand, ließ sie aber auf halbem Wege sinken, denn im Flur wurden hastig schürfende Schritte laut, die Tür öffnete sich und der Pfarrer schoß herein in die Stube.

„Guten Morgen! Guten Morgen!" rief er dem sich erhebenden Kaplan zu. „Bleiben S' sitzen! Bleiben S' sitzen, lieber Sederl! Schau einmal" — er nahm das lange Rohr seiner Pfeife aus dem Munde und deutete mit der Federspule nach den auf dem Boden liegenden Fliegen —, „Sie sein ja so ein arger Fliegentöter wie der römische Kaiser Domitianus, von dem ein Höfling ein'm, der a Audienz unter vier Augen wollt', g'sagt hat, der wär' allein, nit amal a Flieg'n bei ihm."

„So weit hab' ich es noch nit gebracht," meinte der Kaplan und wenn er sprach, wie ihm der Schnabel gewachsen, so klang das ganz erträglich. „Seine römische Majestät hat sie wohl bei geschlossenen Fenstern erschlagen."

„Hm," der Pfarrer schüttelte den Kopf, „weiß nit, Fensterscheiben hat's damal noch nit gegeben, Fliegengatter vielleicht." —

„Er hat s' wohl mehr im Griff gehabt."

„So wird's sein," lachte der alte Herr, schulterte sein Pfeifenrohr und drückte die Asche im Tonkopfe mit dem Daumen zusammen, dann sog er an der Spitze, um zu erproben, ob noch ein Stäubchen klimme; es bekam ihm übel, verkohltes Gekrümmel kam ihm in den Mund, er eilte zum Spucknapf und sprudelte und spuckte. „Kreuzdividomini," schimpfte er, „daß ich allweil vergeß', daß aus aus ist." Er klopfte mit der Pfeife so energisch gegen das Fensterbrett, daß die Tonscherben hinaus ins Freie sprangen. „O, Sakra h'nein, jetzt is s' hin auch noch!"

Der Kaplan lehnte sich mit einem überlegenen Lächeln in seinen Stuhl zurück und begann — vermutlich wähnte er, der Geist sei über ihn gekommen — in fremder Zunge zu reden: „Här Pfarrer, Sie zaigen da eihnen so hibschen Zoornesaiser deer auhj grefere Dinge ankewahndt . . ."

Der Pfarrer drehte sich auf dem Absatze nach dem Sprecher um. Er kniff die Augen zusammen, als wolle er sich seinen Mann genauer betrachten. „Sein S' g'scheidt? Sie werd'n doch mir kein' Predigt halten woll'n, Herr Sederl? Wo woll'n S' denn h'naus, damit?"

Sederl vermied das ihm abträgliche Hochdeutsch, als er fortfuhr: „Nehmen S's nit übel, ich bin jetzt long' gnug um Sie, seh', daß Sie das Zeug dazu hätten, so recht dareinzuteufeln, aber Sie erhitzen sich über Kleinigkeiten, statt . . ."

„Das is a Fehler," fiel ihm der Pfarrer eifrig ins Wort, „einseitiger Temperamentsfehler, da hab'n S' vollkommen recht, mein lieber Sederl! So oft mir so ein verluderter Ausdruck d'raufahrt, reut mich's und bitt' ich unsern Herrgott, daß er mir d' Sünd' verzeiht und schäm' ich mich nit wenig, mich alten — mich alten Menschen über so einer Ungebühr zu ertappen, wogegen ich jahraus und ein 'n Bauern gute Lehren geb'! Doch weil wir just auf dem Gegenstand sein reden wir sich aus. Sie sind noch jung, Herr Kaplan, und können zulernen, und ich bin nit zu alt, mich aufklären zu lassen. Reden wir sich aus. Wo nachher, meinen S' denn, daß 's selbe Dreiteufeln am Ort wär'?"

„Der Johann Nepomuk Kleebinder und die Helene Zinshofer haben das einmalige Aufgebot erwirkt und können in wenig Tagen über Hals und Kopf in den heiligen Ehestand treten." „Wohl!"

„Nach dem Genunkel und Gered' der Leute dürfte aber eine Entwürdigung des Sakramentes dahinterstecken, die für die Gemeinde vom übelsten Beispiel sein könnte."

„Versteh', versteh' Sie vollkommen, Herr Kaplan. Aber auf Dürfen und Können können und dürfen wir nichts geben. Wo sie fürchten, in Schmutz zu greifen, da halten S' als reinlicher Mensch die Händ' davon. Alles G'red' und G'munkel hat nicht Hellers Wert für mich, erst wenn sich dessen volle Wahrheit im Beichtstuhl erweisen sollt', tritt die Frag' an mich heran, wie wohl das räudige Schaf am heilsamsten zu behandeln wär', ob ich 'n Stab Wehe oder 'n Stab Sanft dazu aus'm Winkel langen soll und bitte, Herr Kaplan, bitte, sich eben just da an meine Stell' zu versetzen. Was würden Sie tun? Würden Sie durch ein besonderes Veranstalten und wär's auch nur durch ein Verdonnern in der Amtsstube, wo jed's horchen herzurennt, das in der Näh' weilt, würden Sie durch so was Vergehen, die schon unters Beichtsiegel g'nommen sind, 'n Leuten zu vermerken geben? Wollen Sie die G'fall'nen statt sie aufzurichten tiefer niederdrücken und die andern d'rüber wegsteigen lassen und in ihrer Schadenfreud' und Hochmütigkeit bestärken? Wollen Sie ein'm G'schöpf, das die Unsauberkeit, in der 's bisher g'steckt hat, mit einmal inne wird und sich rechten Weg's besinnt und voll Angst und Verzagtheit auf selb'm hinflücht't, denselbigen verleg'n und erschweren? Woll'n Sie das?" Er machte dabei mit dem Pfeifenrohre einen Ausfall gegen den jungen Kleriker und traf mit der Federspule dessen zweiten Rockknopf.

Der Kaplan knickte, beide Hände vorstreckend, in dem Stuhle zusammen, als ob ihn der Stoß niedergeworfen hätte. „Mein Gott, nein," sagte er.

„Ich denk' selber, daß Ihnen dazu 's Herz versaget," fuhr der Pfarrer fort. „Schau'n S', Hasen vom Kohl scheuchen und Gäns' in Stall treiben, is halt zweierleil Um von üble Vorsätz' abz'schrecken, mag' schon taug'n, ein' rechten Lärm z'schlagen, aber 'm Geschehnen gegenüber richt't mer mit alle Himmelheiligkreuzdonnerwetter nix und wann einer da werktätig Reu' bezeigt, so muß ich trachten, daß ich ihn bei gut'm Mut und Willen erhalt'! Die Leut' sündigen oft in aller Unschuld — will sagen — aus purer Dummheit, Bosheit liegt ihnen fern und 'm Dolus fragt selbst die irdische Gerechtigkeit nach. Nun mag's in dem Fall mit der Braut schlimm g'nug bestellt sein, aber 'n Umständen nach is es ausgeschlossen, daß das 'm Bräutigam verborgen bleibt und der is ein braver Bursch und wenn der'n Mantel der christlichen Nächstenlieb' übern Schaden breit't, soll ich'n nachher aufdecken? Soll ich die Dirn', die sich g'rad' noch rechtzeit, bevor sie sich verloren gibt, auf Zucht und Ehrbarkeit zurückbesinnt, hart'anlassen und machen, daß s' auch nur für ein'n Augenblick ihre guten Vorsätz' bereut?" Er reckte die Hand empor und schüttelte mit den gespreizten Fingern. „Ah, nein, nein, mein Lieber! Ich weiß zu gut, was so eine z'rück'tretene Reu' stiften kann, das is wie bei ein'm Ausschlag und die Folg' möcht' ich nit auf mein G'wissen nehmen!"

„Ich ja auch nit," seufzte der Kaplan.

„Und was Sie von ein'm üblen Beispiel und Entwürdigung reden, trifft auch nit zu. So ein ledig's G'samm- und Auseinanderlaufen findt' mer, leider Gott's, a nua da herum in der Gegend und in dem liegt's üble Beispiel, nit an denen, die'n kirchlichen Segen aufsuchen. Es kann auch von keiner Entwürdigung des Sakraments die Red' sein, denn dem der Eh' geht, wie wir wissen, das der Buß' voran, auf alle Fälle treten also beide Teile rein vor'n Altar hin; ins Herz vermag ich kein'n z'schau'n, steckt noch in irgend ein'm Falterl ein Schmutz vom Vorhergegang'nen, oder nimmt ein's die aufzuerlegende Pflicht nicht ernst g'nug, so hat das jed's mit'm Herrgott allein ausz'machen und dessen is, wie geschrieben steht, das Gericht; wir sind nur seine Gnad'n-Verwalter und die hab'n wir ausz'teilen, wie ich mein', nach der Vorschrift, nit gepfeffert und nit überzuckert." (Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200220/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Bei einer Hausrevision am 7 März 1919 wurden beim Händler Bernstein in Zwickau ein frisch ausgeschlachtetes Schwein, 7 Stück Rauchfleisch, je 15 Pfund Blutwurst, Rindfleisch und Talg, außerdem 75 Pfund Korn und 30 Pfund Grieß vorgefunden. B. hatte alle Waren auf dem Schleichhandelswege erworben und ist schließlich vom Schöffengericht wegen unbefugten Schlachtens und unbefugter Beschaffung von Getreide- und Fleischwaren zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Außerdem wurde auf Einziehung der beschlagnahmten Waren erkannt. Die Strafe würde wesentlich höher ausgefallen sein, nach Ansicht des Schöffengerichts hat sich Schleichhandel aber nicht positiv feststellen lassen. In der Berufungsverhandlung kam der Angeklagte mit dem Einwande, daß das Schwein aus einer Notschlachtung stamme und daß die Delikte bezüglich der übrigen Waren unter die November-Amnestie fielen. Das Landgericht hat diese Einwände als unbegründet zurückgewiesen und das schöffengerichtliche Urteil bestätigt. Auf die Revision des Angeklagten hat nun das Oberlandesgericht — die dritte Instanz! — das angefochtene Urteil kassiert und die Sache zur anderweiten Entscheidung an das Landgericht Zwickau zurückverwiesen. Die angewendeten Vorschriften seien nicht genau bezeichnet. Es werde nicht einmal gesagt, ob das Schwein in Sachsen oder außerhalb gekauft worden ist. Auch über die innere Tatseite werde im angefochtenen Urteil kein Wort gesagt.

Nun kann der Strafprozeß von vorn beginnen. Das Oberlandesgericht mag gewiß seine guten Gründe für die Aufhebung des Urteils gehabt haben, auf der andern Seite ist aber nicht zu verkennen, daß eine solche Unsicherheit und Unstetigkeit der Justiz in der Bekämpfung des Schleichhandels, Wuchers usw., die doch nun wirklich nicht mehr ganz neu ist, auf das Schiebertum und verwandte Kreise nicht gerade imponierend und abschreckend wirken und vom Verbraucherpublikum überhaupt nicht verstanden werden kann.

Stadt-Chronik

Karussell in der Vorstadt

Auf einem halbvergrasten Bauplatz dreht sich grell
Ein hölzern Pferdevolk in faulen Kreisen.
Karossen gleiten hinterdrein. Glühlampen gleißen
Aus matten Spiegeln, baumelnd am Gestell.
Ein brüchiges Orchestrion trompetet gell
Zweideutige Walzerweisen.
Und nach zwölf Runden jagt ein Glockenschrei
Die Melodie entzwei.
Dann zögert, zaudert, stockt das Karussell,
Und eine krasse Stimme ruft zu neuen Reisen. —

Gelächter, Reiz und Rausch. Das Jungvolk vorn.
Halbwüchsige Burschen prahlen von den Rossen
Wie Kavaliere, rauchen stolzverdrossen
Und galoppieren steil und sparen nicht den Sporn.
Und junge Dirnen kauern, ein verworrn
Lorettenlächeln um den Mund, in den Karossen,
Als führen sie, gelockt von Hylons Horn
Zu Goldners Morgentor und Melusinens Born,
Legendenlichtumflossen.
Und nach zwölf Runden reißt ein Glockenschrei
Den Traum entzwei. —
Nun stehn sie wieder trostlos in den Gossen
Und nicken Neid und murmeln Zank und Zorn.

Kurt Arnold Findeisen.

Der Kampf der Kirche

Die Kirche kämpft verzweifelt um ihre verlorene Machtstellung in der Schule. Und man muß es ihr lassen, sie weiß mit Hilfe der Geldmittel, die ihr noch immer die Lauen und Unentschlossenen auch in Arbeiterkreisen zur Verfügung stellen, ihre reaktionäre Schulpolitik zu stützen. Die Gemeindeabende der Kirche geben sich jetzt oft den Anstrich von öffentlichen Volksversammlungen. Nach der Redefreiheit darf man freilich nicht fragen. Meist entspinnt sich nach dem Vortrag über die Zulassung von Debatteurednern eine Aussprache, hinter der sich die große Angst vor den sachlichen Gründen der Gegner nur zu deutlich verbirgt. In Versammlungen mit unparteiischer Leitung und mit Redefreiheit für jedermann ist noch immer die Resolution für die weltliche Schule mit großer Mehrheit angenommen worden. Die Unterschriften, die die Kirche für die Konfessionsschule sammelt, sind infolge der dabei angewandten eigenartigen Mittel so wenig stichhaltig, daß sie für eine endgültige Entscheidung in dieser wichtigen Volksangelegenheit nicht in Frage kommen können und sie wären es noch weniger, wenn nicht ihre Zahl von den Lauen, Unentschiedenen, Bequemen, Gedankenlosen vergrößert würde. Jeder muß darum die reaktionären Ziele der Kirche überdenken und einer Sache, die nicht die seine ist, die sich gegen seine Interessen richtet, seine Unterschrift verweigern.

Fortschritte der Volksfürsorge

Die Rechnungsstelle Dresden der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksfürsorge hat auch für 1919 erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Ueber 2000 neue Abschlüsse kamen zustande. Das beweist, daß sich die organisierte Arbeiterschaft auch auf dem Gebiete des Versicherungswesens zielbewußt und zum eignen Nutzen selbständig zu machen sucht. Da bei der Volksfürsorge, im Gegensatz zu den Versicherungsbedingungen der privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften die eingezahlten Prämien in keinem Falle verloren gehen können, bedeutet die Volksfürsorge eine wesentliche Reform und sichere Anlage der eingezahlten Prämien. Die bei den privatkapitalistischen Gesellschaften zu beklagenden Nachteile, die sich aus dem vergütungslosen Verfall vieler Versicherungen innerhalb der ersten drei Jahre ergeben, gebieten bei Abschluß von Versicherungen Vorsicht zu üben. Ungeheure Summen gehen heute noch durch diesen Verfall der Prämien den Versicherten verloren und fließen in die Taschen der Aktionäre privatkapitalistischer Gesellschaften.

Zum Schutz des eignen Unternehmens und der Interessen der Arbeiterschaft ist zu beachten, daß die ehrenamtlich tätigen Vertrauensleute der Volksfürsorge sich als solche ausweisen können. Eine große Zahl Gewerkschaftsgenossen hat sich in den Dienst der Volksfürsorge gestellt und übernimmt Abschlüsse, auch werden Anmeldungen in allen Konsumvereinsfilialen und Gewerkschaftsbureaus sowie der Rechnungsstelle, Rosenstraße 29, entgegengenommen. Seit 1. Februar können Versicherungen bis 5000 M. abgeschlossen werden. Die volle Versicherungssumme wird bei Tod durch Unfall schon im ersten Jahre, bei Tod durch Krankheit im zweiten Jahre ausgezahlt.

Für die Hinterbliebenen versicherter Kriegsgefallener ist zu beachten, daß die Ansprüche an den Kriegsreservefonds und die besondere Kriegsversicherungskasse sofort geltend gemacht werden müssen, da Mitte April die endgültige Regulierung dieser Schadensfälle stattfinden muß. Verspätet geltend gemachte Ansprüche können nicht mehr berücksichtigt werden da die Fonds restlos auszuschütten sind. Alle diesbezüglichen Ansprüche sind bei der Rechnungsstelle Dresden, Rosenstraße 29, geltend zu machen.

Die Ueberwachung der Zwangswirtschaft

Die Einhaltung der Vorschriften über die Rationierung der Lebensmittel und die Preisbildung ist auch im Monat Januar durch die Organe der Wohlfahrtspolizei überwacht worden. 325 Schankwirtschaften, 2065 sonstige Geschäfte, 149 Straßenhändler und 48 Haushaltungen sind einer Prüfung unterworfen worden. Hierbei wurden in Schankwirtschaften 8, in sonstigen Geschäften 487, bei Straßenhändlern 6 und in Haushaltungen 15 Zuwiderhandlungen festgestellt.

Von den festgestellten Zuwiderhandlungen konnten auf Erinnerung abgestellt werden in Schankwirtschaften 10, in sonstigen Geschäften 438, bei Straßenhändlern 15 und in Haushaltungen 2. Dagegen sind zur Anzeige gekommen in sonstigen Geschäften 82 bei Straßenhändlern 18 und in Haushaltungen 13. Beschlagnahmen sind erfolgt in sonstigen Geschäften 20, bei Straßenhändlern 6 und in Haushaltungen 5. Proben sind entnommen worden in sonstigen Geschäften 20 und bei Straßenhändlern 6. Von der Revisionsinspektion sind ferner 201 Nachprüfungen in Bäckereien, in Gast- und Schankwirtschaften in Kontingentierungssachen, den Spitzenverbrauch, die Gewichtsgrenze, die Molkereiverhältnisse, die Preisfahrt und die Preisbildung verschiedener Arten von Nahrungsmitteln betreffend, vorgenommen, 57 Anzeigen wegen Uebertretungen der Vorschriften in Bäckereien, über verbotenen Wurst- und Fleischhandel, über Schleichhandel mit Butter und Kohlen, über Nahrungsmittelfälschungen und Ueberschreitung von Höchstpreisen sowie Beschlagnahmungen verschiedener Lebensmittel erstattet worden.

Geistiger Selbstmord!

Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, die dieser zu ihrer Knechtung bestimmten Presse die ungeheure Macht verleihen, über die sie verfügt. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Knechtung. Bemächtigen wir uns dieses Hebels, und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung sein.

Wilhelm Liebknecht.

Arbeiter, Parteigenossen!

Beachtet dieses Mahnwort!

Schleichhändler vor dem Wuchergericht

Das Wuchergericht, das für den Bezirk des Landgerichts Dresden gebildet worden ist, trat am Mittwoch zu seinem ersten Verhandlungstag zusammen. Es hatte sich fast nur mit Schleichhandelsfällen zu befassen. Als erste Angeklagte erschien die Grünwarengeschäftsinhaberin Frau Amalie Auguste Türke in Cossebaude wegen Schleichhandels. Sie war am 10. Januar 1920 von einem Stadtbezirksaufseher mit einem anscheinend sehr schweren Traglorb gesehen worden, wie sie in das Produktengeschäft von K. verschwand. Der Beamte ging ihr nach und untersuchte den Inhalt des Traglorbes. Es waren 32 Kilo Rindfleisch, 4 Kilo Lunge und 4 Stück Butter darin. Ueber die Herkunft des Fleisches machte die T. die widersprechendsten Angaben und als sie mit auf die Wache gehen sollte, steckte sie dem Beamten mehrere Kassenscheine in die Manteltasche. Später stellte es sich heraus, daß es 180 M. waren. Auf Grund dieses Vorfalles hatte sich die T. wegen Schleichhandels und Bestechung zu verantworten. Bevor in die Verhandlung eingetreten wurde, versuchte der Verteidiger der Angeklagten die Zuständigkeit des Gerichts anzuzweifeln und sich auf § 105 der Reichsverfassung zu stützen, nach dem kein Deutscher seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe. Der Staatsanwalt entgegnete, daß Ausnahme- und Sondergerichte mit diesem Gerichte nichts zu tun haben, das sich auf § 13 der Gerichtsverfassung stütze. Nach einer kollegialen Beratung verkündete das Gericht seinen Beschluß im Sinne des Staatsanwalts und erklärte sich für zuständig. Dieselben Einsprüche wiederholten sich im Laufe des Tages noch mehrere Male. — Auch in der Hauptverhandlung machte die Angeklagte die unglaubhaftesten Angaben über die Herkunft des Fleisches, so daß sie sich in ihrem Lügengewebe selbst fing. Ebenfalls mußte sie die Bestechung zugeben. Nach dem neuen Gesetz muß, wie aus dem Schlußantrage des Staatsanwalts hervorging, auf Gefängnis- und Geldstrafe erkannt werden. Das Gericht verurteilte sie zu einem Monat Gefängnis und 500 Mark Strafe oder weiteren 50 Tagen Gefängnis. Das damals eingezogene Fleisch sowie die Butter und Quark bleiben eingezogen und das eingelieferte Bestechungsgeld bleibt der Staatskasse verfallen.

Der Kantinenpächter Georg Ernst Urban und der Gutsbesitzer Richard Heinrich Kunze in Grumbach hatten sich wegen Schleichhandels und Höchstpreisüberschreitung zu verantworten. K. besitzt ein hypothekenfreies Gut im Werte von 70 000 M., außerdem noch 40 000 M. Vorgeld, ist aber schon einmal wegen Höchstpreisüberschreitung bei Kartoffeln zu 200 M. Strafe verurteilt worden. Jetzt hat K. an U. 5 Zentner Weizen verkauft und hat sich für den Zentner 70 M. bezahlen lassen. Der Höchstpreis war aber zur Zeit nur 23 M. Das Gericht erkannte bei U. auf eine Woche Gefängnis und 600 M. Strafe und bei K. auf eine Woche Gefängnis und 1000 M. Strafe oder für je 10 M. Strafe einen Tag Gefängnis. Außerdem sind von K. noch 233,25 M. Ueberverdienst für den verkauften Weizen vom Gericht einzuziehen.

Der Handelsmann Karl Gustav Fischer wurde am Morgen des 10. Januar auf dem Bahnhof Riesa festgenommen, als er mit 36 Stückchen Butter nach Dresden verschwinden wollte. Er gab an, die Butter für 3 M. bis 3.25 M. das Stück bei den Bauern gekauft zu haben. Er hätte die Butter nicht zum Verkauf, sondern nur für seine Familie gekauft. Am betreffenden Tage wurde ihm die Butter beschlagnahmt. Das Urteil lautete auf zehn Tage Gefängnis und 300 M. Strafe oder weitere 30 Tage Gefängnis. Die Butter bleibt eingezogen.

Rauchen auf dem Straßenbahnwagen. Auf der stark besetzten Plattform eines Straßenbahnwagens ist kürzlich durch die brennende Zigarre eines Fahrgastes ein Schaffner am Auge erheblich verletzt worden. War es in diesem bedauernswerten Falle das Auge eines Menschen, das den Schaden erlitt, so sind in andern Fällen durch Unvorsichtigkeit der Raucher Beschädigungen der jetzt so teuren und schwer zu ersetzenden Kleidungsstücke wiederholt vorgekommen. Es kann daher nicht dringend genug zu größter Vorsicht beim Rauchen auf den Plattformen der Straßenbahnwagen ermahnt werden. Die Raucher sind für die durch sie verursachten Schäden zivil- und strafrechtlich verantwortlich.

Warnung vor gefälschtem Trinkbranntwein. Auch in letzter Zeit sind immer wieder Fälle von tödlichen Methylalkoholvergiftungen durch Genuß von Trinkbranntwein, die teils mit Methylalkohol, teils mit Brennspiritus versetzt waren, vorgekommen. Zur Zeit sollen große Mengen von Alkohol auf dem Wege des Schleichhandels über die Grenze eingeführt und in unkontrollierbarer Weise [illegible] Verkehr gebracht werden. Dieser Alkohol wird angeblich zum Teil noch mit Methylalkohol gestreckt und soll trotz diesem bedenklichen Zusatz zur Herstellung von Trinkbranntweinen Verwendung finden. Ebenso wird seit einiger Zeit in größerem Umfange von Gastwirten aus vollständig vergällten Branntwein hergestellter Trinkbranntwein zum Ausschank und von andern Gewerbetreibenden, insbesondere Drogisten, entgällter Branntwein in den Verkehr gebracht. Die Herstellung des Trinkbranntweins erfolgt in der Weise, daß dem vollständig vergällten Branntwein nach seiner Verdünnung mit Wasser Bitterstoffe oder Pfeffermünz zur Beseitigung des Geschmacks des Vergällungsmittels zugesetzt wird, während die Entgällung durch Filtrieren über Holzkohle und Fließpapier nach vorherigem Zusatz von Schwefelsäure vorgenommen ist. Die aus vergällten oder entgällten Branntwein hergestellten Erzeugnisse sollen unter dem Namen „Polschewiki" und „Brennodor" (hergeleitet von Brennspiritus) allgemein bekannt sein. Der Genuß von Methylalkohol oder andern mit Methylalkohol versetzten Alkoholen (Branntwein und Brennspiritus) ist aber außerordentlich gesundheitsgefährlich und führt nicht nur zu schweren Erkrankungen, besonders Erblindung, sondern auch sehr häufig zum Tode. Es wird deshalb dringend vor dem Genuß aller alkoholischen Flüssigkeiten gewarnt, von denen nicht mit Sicherheit feststeht, daß sie völlig frei von Methylalkohol sind.

Nach dem Freistaat Danzig werden gewöhnliche und Wertpakete wieder angenommen, jedoch nur auf Gefahr des Absenders.

Ferienkinder aus Dänemark. Die am 18. Dezember abgereisten Kinder kommen am Dienstag den 24. Februar wieder zurück und werden mit dem Berliner Zug nach 11 Uhr vormittags im Hauptbahnhof eintreffen.

Gasversorgung der Vorstadt Löbtau. In den letzten Wochen ist das Gasrohrnetz der Vorstadt Löbtau durch eine besondere Leitung mit dem Gasbehälter am Wettinerplatz verbunden und der Betrieb des Löbtauer Gaswerkes eingestellt worden. Eine wesentliche Verbesserung der Druckverhältnisse in der Vorstadt Löbtau ließ sich aber bis jetzt noch nicht erreichen, weil die Druckverhältnisse wegen Kohlenmangels im allgemeinen nicht aufgebessert werden konnten und die schwer zu beschaffenden Kompressorenanlagen in den Gaswerken Reid und Neustadt noch fehlen. Zur Zeit sind in dem genannten Stadtteile die Verhältnisse nicht ungünstiger als wie in den übrigen Stadtteilen, und es wird dafür Sorge getragen werden, daß die Kompressorenanlagen sobald wie möglich zur Aufstellung gelangen.

Keine Aufhebung der Zuckerrationierung. Die Landeszuckerstelle Sachsen meldet: Die veröffentlichte Mitteilung der Reichszuckerstelle hat zu falschen Auffassungen geführt. Eine Aufhebung der Rationierung ist weder beschlossen, noch kann sie zur Zeit in Frage gezogen werden. Das Markensystem bleibt weiter bestehen.

Verteilung von Milchsuppe. Auf Ausweis 415 der Lebensmittelkarte wird ein Päckchen Milchsuppe verteilt.

Der Zentralverband der Hausangestellten Ortsgruppe Dresden, teilt mit, daß die ausgeschriebene Stelle besetzt ist, und dankt allen Bewerberinnen für ihre Bemühungen.

Der jetzige Stand des Wohnungs- und Siedlungswesens. Ueber die gerade jetzt äußerst wichtige Frage veranstaltet am Montag den 23. Februar, abends 7½ Uhr, im großen Vortragsraum des Johanneshofes, Johannesstraße, der Reichsbund Deutscher Technik einen Vortragsabend, an dem ein hervorragender Kenner dieses Gebietes, Herr Regierungsbaumeister Dr. Kruschwitz, sprechen wird. Zu dem Vortrag sind die an der Frage besonders beteiligten Behörden und Vereine eingeladen. Es ist daher eine anregende Aussprache zu erwarten. Gäste aus allen Kreisen, besonders aus dem Baufach, sind herzlich willkommen.

Vortrag. Dienstag den 24. Februar, abends 7½ Uhr, findet im kleinen Saale des Vereinshauses, Dresden, Zinzendorfstraße 17, ein Vortrag des Herrn Professors Houben über die Technische Messe in Leipzig und ihre wirtschaftliche Bedeutung statt. Karten sind täglich von 8½ bis 1 Uhr in der Kanzlei der Handelskammer Dresden, Albrechtstraße 4, unentgeltlich erhältlich.

Vermischte Nachrichten. Ein Eisenbahnunfall hat sich am Donnerstag nachmittag gegen 4 Uhr auf dem Ablaufberg in Dresden-Friedrichstadt zugetragen. Dort kam der 25 Jahre alte Klamplerer Georg Heine aus Kemnitz, der erst aus der Gefangenschaft heimgekehrt ist, beim Anhängen der Eisenbahngüterwagen zu Fall und geriet unter sie. Die Räder gingen ihm über den linken Oberarm und den linken Unterschenkel hinweg. Er wurde im Unfallwagen dem Krankenhause zugeführt. — Am Mittwoch abend in der 8. Stunde wurde auf der Wettinerstraße die 58 Jahre alte Arbeiterin Selma Horschig von mehreren jungen Leuten derart angerannt, daß sie zu Boden stürzte und dabei einen Armbruch erlitt. Die Verunglückte fand in der Sanitätswache auf der Wallstraße die erste Hilfe. Das Betragen der jungen Leute erregte allgemeinen Unwillen unter den Straßenpassanten. — Am 17. Februar, abends 9½ Uhr, hat ein Mann den Zaun eines Hauses in dem Schreyer Viertel überstiegen und die Hausmädchen um Einlaß gebeten unter Klopfen an das Küchenfenster. Beim Oeffnen der Vorhänge hat sich der Mann dann halbnackt gezeigt, offenbar also ein Sittlichkeitsverbrechen planend. In dem vorliegenden Fall waren die betreffenden Bewohner zu sehr überrascht, um sogleich die nötigen Schritte zur Verfolgung einzuleiten. — Ein Nachschlüsseldiebstahl wurde am Mittwoch morgen in einer Wohnung auf der Nierbstraße 6 verübt. Zwei Spitzbuben, der eine mit Fahrrad versehen, stahlen einen Anzug, ergriffen aber die Flucht, als ein in der Kammer schlafender Knabe nach der Mutter rief, die im Hause andre Arbeiten verrichtete. — Die Feuerwehr wurde in der Nacht zum Mittwoch nach Blumenstraße 67 gerufen, wo in einer Wohnung des 4. Obergeschosses auf unerklärliche Weise die Gardinen, Möbel und Betten in Brand geraten waren.

Aus dem Dresdner Parteileben

Soz. Verein Dresden-A., 5. Unterbezirk. Heute Freitag 7 Uhr in den bekannten Lokalen Gruppenversammlungen mit Vorträgen.

Die Politik der Unbelehrbaren

Was zu erwarten war, ist eingetroffen. Unsre Nationalisten, anstatt ruhig und bescheiden den Erfolg der deutschen Regierung in der Auslieferungsfrage anzuerkennen, wagen es, von „neuem Wegen zu Deutschlands Schande", „von größter Schamlosigkeit" usw. zu sprechen. Jetzt, nachdem die unmittelbare Gefahr vorüber ist, glauben gewisse Herrschaften, den Mund vollnehmen zu dürfen über die Zeit des Schweigens ist auch für uns vorüber. Waren wir durch den harten Zwang der Tatsachen bisher genötigt, zu den Anschuldigungen der Entente zu schweigen, so liegt jetzt hierzu kein Anlaß mehr vor. Mit aller Entschiedenheit können wir zum Ausdruck bringen, daß wir von der Schuld eines Teils der auf der Auslieferungsliste stehenden Personen überzeugt sind. In ihrem eigenen Interesse möchten wir gewissen Herrschaften empfehlen, den Mund nicht zu voll zu nehmen und sich, sie nicht genügend Takt besitzen um zu schweigen, dies wenigstens aus Erwägungen der Klugheit zu tun. Wir haben keinerlei Veranlassung, das in der deutschen Note vom 26. Januar gegebene Versprechen, die Kriegsverbrecher zu bestrafen, nicht zu erfüllen. Und je herausfordernder gewisse Personen sich benehmen, um so mehr dokumentieren sie hierdurch ihre Schuld. Jene Politik der Sentimentalität, die uns von unsern chauvinistischen Kreisen so oft vorgeworfen worden ist und die doch nichts anderes als das Bestreben war, einen friedlichen Ausgleich zwischen den Völkern herbeizuführen, jene Sentimentalität werden wir wahrhaft Schuldigen gegenüber nicht anwenden, sondern die Verbrecher da zu finden wissen, wo sie sich aufhalten, auch wenn sie in den Augen unsrer nationalistischen Presse allesamt „Helden" sind.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200220/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stadtverordneten-Sitzung

vom 19. Februar 1920.

Der 1. Punkt der Tagesordnung betraf eine Ratsvorlage auf

Erhöhung der Billett- und Lustbarkeitssteuer

und die Errichtung eines 13. Nachtrags zur Gemeindesteuerordnung. Nach dem Ausschußgutachten sollen die Steuersätze bei kinematographischen Darbietungen und Tanzbelustigungen verdoppelt und bei Maskenbällen, Kostümfesten und Redouten sowie für Pferderennen mit Totalisatorbetrieb verdreifacht werden. Auch für öffentliche Tanzvergnügungen werden die Steuersätze verdreifacht. Eine wesentliche Erhöhung erfahren auch die Steuersätze auf Karussellbelustigungen usw. Die Lustbarkeitssteuer wird bei diesen Veranstaltungen neben der Billettsteuer erhoben, wenn außer dem Eintrittsgeld noch eine Sonderzahlung, z. B. Tanzgeld, verlangt wird, und zwar auch dann, wenn dies nur einen Teil der Besucher betrifft. Die Steuer wird gestaffelt. Der Rat wird ermächtigt, für die Uebergangszeit Härten auszugleichen.

Stadtv. Grase berichtete für den Finanzausschuß. Die Vorlage ist eine Folge des riesigen Finanzbedarfes der Stadt. Der Rat ist gezwungen, sich nach neuen Steuerquellen umzusehen und bereits bestehende ergiebiger zu gestalten.

Genosse Kühn als Berichterstatter des Rechtsausschusses: Die Billett- und Lustbarkeitssteuer ist gewiß keine ideale. Bei dem heutigen Finanzbedarf von Staat und Gemeinden wäre es aber ein Ding der Unmöglichkeit, diesen Finanzbedarf restlos durch direkte Steuern aufzubringen, von denen die ärmeren Klassen unberührt blieben. Dem Verlangen, den Besitzenden noch größere Lasten aufzuerlegen, wird schon künftig bis zu einem gewissen Grade Rechnung getragen. In den höheren Steuerklassen werden künftig bis zu 80 Proz. des Einkommens weggesteuert. Trotzdem wird der Bedarf von Staat und Gemeinden auch nicht annähernd gedeckt. Deshalb sind Staat und Gemeinden gezwungen, sich nach neuen Steuerquellen umzusehen, ohne finanziellen und wirtschaftlichen Schaden zu erleiden, und bestehende Steuern ertragreicher zu gestalten. Eine solche Quelle bildet die Billett- und Lustbarkeitssteuer. Tausende und aber Tausende von Familienvätern und Kriegerswitwen sind heute mit ihren geringen Einkommen gar nicht in der Lage, irgendeine Vergnügungsstätte aufzusuchen. Diese Volkskreise, zu denen nicht bloß die Arbeiterschaft gehört, würden es nicht verstehen, wollte man ihnen zu den regulären Steuern noch den Teil aufhalsen, der durch die Billett- und Lustbarkeitssteuer aus dem zahlungsfähigen Teil der Bevölkerung herausgeholt werden kann. Die Billett- und Lustbarkeitssteuer hat bisher 2 Millionen Mark ergeben. Mit der vorgesehenen Progression wird auch das Prinzip des Unrechts, das bisher der Steuer anhaftete, beseitigt. Vor allem werden alle Veranstaltungen der oberen Zehntausend kräftig herangezogen, während die Steuer bei Eintrittspreisen bis 8 M. in der bisherigen Höhe belassen, also nicht hinaufgeschraubt wird. Bei Maskenbällen, Kostümfesten, Pferderennen mit Totalisatorbetrieb wird eine Steuer bis 100 Prozent des Eintrittspreises erhoben. Sie trifft nicht die weniger zahlungsfähigen Kreise, die nicht daran denken können, an solchen Veranstaltungen teilzunehmen. Der Berichterstatter machte noch darauf aufmerksam, daß der Rat bei Veranstaltungen, die einen rein volkserzieherischen Charakter haben oder rein wohltätigen Zwecken dienen, die Steuer ermäßigen oder ganz erlassen kann.

Der Unabhängige Rösch machte natürlich wieder in Opposition — aus Grundsatz! Er bekämpfte in längerer Rede die Vorlage, erinnerte dabei höchst überflüssigerweise an die tiefere Gegnerschaft der Sozialdemokratie zu den indirekten Steuern und behauptete, ohne den Nachweis dafür zu erbringen, daß die Billett- und Lustbarkeitssteuer die minderbemittelten Bevölkerungsschichten unverhältnismäßig mehr treffe als die Besitzenden. Uebrigens würde sich in Kürze das Reich dieser Steuer bemächtigen. Seine Freunde würden gegen die Vorlage stimmen.

Oberbürgermeister Blüher wies die Behauptungen des Vorredners im wesentlichen als unrichtig nach. Nach dem Landessteuergesetz seien die Gemeinden verpflichtet, Lustbarkeitssteuern zu erheben. Das Reich verzichtet darauf. Es sei also das Gegenteil richtig von dem, was Herr Rösch behauptet habe. Man dürfe doch nicht bloß Ausgaben beschließen, sondern müsse auch für Deckung sorgen. Wo sollen denn die 2 Millionen M. herkommen, die bei Aufhebung der Billett- und Lustbarkeitssteuer wegfallen würden? Auch wir würden es lieber sehen, wenn die Bevölkerung ohne Steuern die Veranstaltungen besuchen könnte. Wer aber an verantwortlicher Stelle stehe, müsse jedoch nach Deckung suchen. Die Ratsvorlage werde ein Mehr von einer halben Million erbringen.

Genosse Kühn hing der unabhängigen Katze die Schelle an, indem er den Nachweis lieferte, daß die Haltung der Unabhängigen in der Steuerfrage, wenn sie sich in der Minderheit befinden, in schreiendem Widerspruch steht zu den Taten der Unabhängigen, sobald sie zu maßgebendem Einfluß gelangt sind. Gerechter vorzugehen als dies durch die vorgesehene Progression geschieht, sei unmöglich, wenn man mit den gegebenen Tatsachen rechnet. Das Erfurter Programm lasse indirekte Steuern nach, wenn sie nicht die Allgemeinheit treffen.

Nachdem nochmals Herr Rösch ausführlich gesprochen und die Ausführungen des sozialdemokratischen Vertreters „widerlegt" hatte, wurde das Ausschußgutachten gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Von der Mitteilung des Rates, wonach von der Verschmelzung der städtischen Betriebskrankenkasse mit der Ortskrankenkasse abgesehen wird, wird ohne Debatte Kenntnis genommen.

An die Dresdner Schulpflegerinnen-Vereinigung wurde für das Jahr 1920/21 eine Beihilfe von 30 000 M. bewilligt. Der Beitrag an den Ausschuß für Ferienwanderungen der Ortsgruppe Dresden des Deutschen Vereins für Volkshygiene wurde von 3000 auf 6000 M. erhöht.

Eine weitere Ratsvorlage, über die Genosse Bertholdt berichtete, betraf die

Uebernahme des öffentlichen Sanitätsdienstes als städtische Einrichtung

und dessen Neuorganisation und modernen Ausbau. Aus den Ausführungen des Berichterstatters ging hervor, daß auf diesem Gebiete vom alten Kollegium eine falsche Sparpolitik getrieben worden und daß es nun heute außerordentlich schwer und mit riesigen Geldkosten verknüpft ist, einen modernen Ausbau des Sanitätswesens durchzuführen. Der Verwaltungsausschuß empfahl, von der durch den Samariterverein erfolgten Aufkündigung des mit der Stadt bestehenden Vertrags über den Betrieb von zwei Samariterwachen usw. Kenntnis zu nehmen und dem Samariterverein zur Deckung seines Fehlbedarfs im Jahre 1919 18 000 M. zu bewilligen. Darüber hinaus wird der Rat ersucht, die beiden Sanitätswachen Wallstraße und Marschallstraße so lange in städtischen Betrieb zu nehmen, als Ersatz dafür im Zentrum der Stadt nicht geschaffen ist, ferner besorgt zu sein, daß die Sanitätswachen an der Louisenstraße und an der Schlüterstraße baldigst eingerichtet werden und die weitere Errichtung einer Sanitätswache in Vorstadt Löbtau im Auge zu behalten.

Das Ausschußgutachten wurde einstimmig zum Beschluß erhoben.

Vor Schluß der öffentlichen Sitzung gab Herr Menke zwei lange Erklärungen ab. In der ersten Erklärung wird die Stellung der Unabhängigen bei der Abstimmung zur Auslieferungsfrage umschrieben. Danach lehnen sie ab, mit den Parteien gemeinsam zu protestieren, obgleich auch sie anerkennen müssen, daß das Auslieferungsverlangen den Völkerrechtsgrundsätzen widerspricht. Und in der zweiten wird gesagt, die Unabhängigen müßten eine Beteiligung am Fühlungsausschuß ablehnen, wenn der Ausschuß seine Beratungen so ausdehne, daß daraus eine gewisse Festlegung der darin vertretenen Gruppen gefolgert werden könne und solle.

Briefkasten

M. K., Wilmsdorf. Sie können sich beschwerdeführend an die Amtshauptmannschaft wenden.

Alter Abonnent vom Lande. Zur Zeit läßt sich gegen die Einziehung der Kirchensteuern durch die Ortssteuereinnahme nichts machen, denn bis zur anderweiten Regelung, die bevorsteht, bleibt das Kirchensteuergesetz noch in Kraft, das dem Kirchenvorstand das Recht gibt, in der angegebenen Weise vorzugehen.

W. R. Die Badehosengeschichte ist jetzt schon einige Monate her, so daß darauf nicht noch einmal näher eingegangen werden kann. Es ist damals in der Oeffentlichkeit festgestellt worden, daß Ebert und Noske gegen ihren Willen photographiert wurden und daß das Bild ohne ihre Genehmigung verbreitet worden ist.

E. L., Nostitz-Wallwitz-Platz. Die Angelegenheit ist bereits in der Volkskammer verhandelt worden. Bei Auktionen kann formell nicht anders verfahren werden, als daß der Meistbietende den Zuschlag erhält. Es wird jetzt von den Forstbeamten anweisungsgemäß darauf hingewirkt, daß Ueberbietungen nicht stattfinden.

Leben · Wissen · Kunst

Adolf Frey und Gottfried Keller

Mit dem Züricher Dichter und Literarhistoriker Adolf Frey ist der Geschichtsschreiber der klassischen Zeit der Schweizer Dichtung dahingegangen und solange man sich mit Gottfried Keller und C. F. Meyer beschäftigen wird, wird man auch des Mannes gedenken, der die Persönlichkeiten dieser beiden Dioskuren aus tiefster persönlicher Kenntnis und feinstem Nacherleben in einer wundervoll klaren Form dargestellt hat. Durch Geburt und Begabung brachte dieser Gelehrte, der zugleich ein echter Dichter war, alle Vorbedingungen mit, um die prachtvolle Geisteskultur, die er als Jüngling erlebt, nachschaffend festzuhalten. Er war ein Vollblutschweizer, der Sohn des vortrefflichen, zu wenig bekannten Erzählers Jakob Frey, dem er ein schönes, bei aller Pietät objektives Werk gewidmet hat; er war den Künstlern, die er geschildert, seelenverwandt. „Böcklin, Keller C. F. Meyer und Burnand bilden eine an gemeinsamen Zügen wiederzuerkennende Familie, der auch Holbein einst angehörte und deren Blut in Adolf Freys Adern fließt", hat Hermann Grimm einmal in einer Würdigung seiner Dichtungen von ihm gesagt. So ist er auch in seinen formschönen, von lyrischem Gold erglänzenden Gedichten und in seinen prächtigen historischen Romanen, deren letzter, der vor kurzem erschienene „Bernhard Hirzel", sich zu einem eigenartigen Schweizer Kulturgemälde rundet, ein echter Nachfahr der Großen.

Sein Forschen galt von Anfang an der Poesie seiner Heimat, und nachdem er zuerst Baller und Salis Seewis ihren Platz in der allgemeinen deutschen Dichtung angewiesen, hat er später eine wundervolle Porträtreihe Schweizer Dichter geschaffen, vom Schöpfer des Balthar Liedes bis zu Widmann und Arnold Ott. Am nächsten aber stand er dem Genossen unter ihnen, Gottfried Keller, und die Erinnerungen an den Meister sind sein persönlichstes Buch, wenngleich er literarhistorisch für Conrad Ferdinand Meyer in der großen Biographie und der Herausgabe des Briefwechsels noch mehr geleistet. In bescheidenster Art tritt er in seinem Erinnerungsbuch neben Keller auf als sein begeisterter Verehrer und verstehender Genosse. Auf langen Spaziergängen und beim Glase Wein im gemütlichen Rauch der Tabakswolken ist er von dem sonst so zurückhaltenden Dichter tiefer in seine Welt und Kunst eingeweiht worden als irgendwem andrer.

„Meister Gottfried war 58 Jahre alt, als ich ihn kennen lernte", erzählte Frey, „ich 22. Er mochte mich gut leiden und bezeigte mir väterliches Wohlwollen. Vom Frühling 1877 bis zum April 1879 besuchte ich ihn häufig, und wir waren nicht selten 8—10 Stunden zusammen. Ueber jenen Zeiten unsres ersten Verkehrs schwebt für mich ein goldener Schimmer. Vom warmen Abendlicht des Alters umflossen, stand Keller noch in voller Kraft da. Oft drehte er eine halbe Zigarre herunter, ohne daß er ungefragt ein Wort sprach, indem er offenbar einen eingeschlagenen Weg im Stillen verfolgte. Dann konnte er wohl, aus seiner Versunkenheit aufwachend, ein liebenswürdiger Plauderer sein und dieses und jenes zum besten geben. Waren ein paar Stunden mit Reden, Schweigen und Rauchen verbracht, so streifte er sich, vertauschte den Schlafrock mit dem Rock und setzte den großen schwarzen Filzhut auf: jetzt wurde „ein Bauf gelan", d. h. wir streiften einer Bierwirtschaft oder einem Zunfthaus zu, und zwar selten mit bedeutenden Umwegen."

Als Frey nach dreijährigem Studium in Leipzig und Berlin wieder nach Zürich zurückkehrte, fand er Keller merklich gealtert, aber sein Interesse für den jungen Freund unvermindert, und so hat er ihm bis zum Tode zur Seite gestanden. Als Frey ihm auf dem Sterbebette zum letztenmal die Hand drückte, richtete er, nach dem Lebewohl, das wachsbleiche Haupt mit aller Anstrengung nochmals empor und rief ihm, der schon unter der Türe stand, mit lauter Stimme nach: „Leben Sie recht wohl!" Ich werde, sagt Frey, den erschütternden Ton des letzten Abschiedes, der aus diesen Worten klang, nie, nie vergessen.

Theater

Opernhaus. Die Lola in der Sizilianischen Bauernehre wurde gestern erstmalig von Hedwig Erl gegeben. Sie war wohl sehr befangen, sang aber das kokette Auftrittsliedchen mit hübschem Gelingen. Auch im Zusammengesang war sie bei der Sache. Darstellerisch jedoch kam noch nicht der hier erwünschte süße Zauber der Unwiderstehlichkeit zum Ausdruck. B.

Schauspielhaus. Das aus mittelalterlich kirchlichem Geist geborene Spiel vom Leben und Sterben „Jedermanns" glitt nach längerer Pause wie Bilder nach alten Gemälden am Zuschauer vorüber — eine Kuriosität von feiner Wirkung und Stimmung. Manche Farbe war neu in diesen Bildern. Charlotte Lier gab die Buhlschaft. Sie bringt blendende Erscheinung und wo hoeptlegtes Organ mit, ihrer Gestaltung fehlte es an Glut — zur Beurteilung ihres Könnens bedarf es noch andrer Leistungen. Antonie Dietrich sprach den Glauben mit der Innigkeit einer Entrückten. Charlotte Buck die „guten Werke" mehr weinerlich als ergriffen. Herr Martens tritt als Tod noch nicht völlig an Becker heran, gab aber eine verheißungsvolle Skizze zur vollen Leistung. Witz als Jedermann, Mehnert gefährlich als Allbeherrscher Mammon, Klara Salbach, unendlich rührend und einfach als Mutter, gaben die starken Farben früherer Aufführungen. h

Konzert

Den Sinfoniekonzerten im Opernhaus haften bisher klangliche Mängel an, die durch die zum Konzertsaal umimprovisierte Bühne verursacht wurden. Es ist mancherlei versucht worden, das Uebel zu beseitigen. Der Erfolg war, daß es zwar immer anders, aber nicht besser wurde. Nun hat man gewagt, auf den Konzerteinbau ganz zu verzichten und die Bühne einfach mit dem Rundhorizont abzuschließen. Der hierdurch für die Klangausbreitung gewonnene Raum ist so um das mehrfache gegen früher vergrößert. Dieser Umstand verschafft besonders der Blechbläsergruppe lichten Glanz; der Klang scheint sich zu idealisieren. Gering ist der Gewinn für die Wirkung der Holzbläser. Aber die Streicher bleiben noch allzuweit zurück; ihr Klang hat nicht Farbe genug, um gegenüber den Blechbläsern ebenbürtig bestehen zu können. Das sind die Eindrücke, die ich von einem wohl nicht günstigen Platz aus sammeln konnte. Sicher ist, daß der vordere Teil des Orchesters einer Ueberdachung zum Schutzboden hin bedarf. — Das Aschermittwoch-Konzert bot zunächst Brahms' Doppelkonzert für Violine und Violoncell. Nachdem der spröde und dazu als reichlich lang empfundene 1. Satz vorüber war, erwärmten wundervolle, feingeformte Tongebilde. Gustav Havemann und Georg Wille hoben die Solopartien weit über das virtuose Maß hinaus. Hier waltete erhebende Künstlerschaft. Tracht und Innerlichkeit der Tongebung, feindurchfühltes und doch sich kräftig gebendes Herausarbeiten der Stileigenheit des Werkes traten zur Wonne der Zuhörer zutage. Der Beschluß des Abends galt Bruckners neunter Sinfonie. Durch Beethovens Vorgang hat die Zahl Neun starkwirkende Bedeutung gewonnen. Sie auf den Fall Bruckner zu übertragen, mag reizvoll sein, aber der Wissende lächelt: wie weit bleibt Bruckners immer und immer nur Einzelnes hinstellende Art vom organischen Schaffen Beethovens entfernt ... Immerhin gab's Erhebendes, ja Erhabenheit. Hermann Kutzschbach war der Sinfonie wie auch dem Doppelkonzert ein tapferer, großzügiger Führer. Pathetische Dehnungen, die er liebt, lagen jedenfalls im Stil des Werkes mitbegründet. Er und seine Künstlerschar wurden durch lebhaften Beifall gefeiert. P. B.

Vorträge

Hochschulvorträge für Musik und redende Künste. Der VI. Vortrag im Taschenberg-Palais war der „Kritik" gewidmet. Dr. Felix Zimmermann verstand es in geistvoller, vielseitig anregender Weise das Wesen des Kritikers in seinen wesentlichen Grundzügen erschöpfend darzustellen. Die Ratlosigkeit des Publikums ruft nach dem deutenden Vermittler, wie anderseits der Künstler den idealen Zuschauer ersehnt. Im Chorführer der Alten war diese zweiseitige Forderung erfüllt; heute soll der ideale Kritiker diese Stelle einnehmen und erkennen, was schön und häßlich, wertvoll und wertlos ist. Diese erkenntnistheoretische Tätigkeit des Gesetze-Auffindens findet ihre Hilfsmittel in der Geschichte der Kunst und in der Philosophie, insbesondere der Aesthetik, die allerdings als Inhalts- oder Gefühlsästhetik in ihren bedeutendsten Vertretern, Kant, Herbart u. a. selbst auseinandergeht. Aus der Verworrenheit der Erscheinungen die Regel zu finden, den Kanon, erstrebte die dogmatische Kritik, deren sich ein Lessing und Goethe z. B. bedienten. Doch seit sich die sanktionierte bequeme Unfehlbarkeit im Falle Rich. Wagner so blamierte, versuchte die Kritik im impressionistischer Art nur dem Eindruck eines Werkes sich hinzugeben und ihn widerzuspiegeln, wie es in der Romantik, den Aphorismen und Fragmenten Schlegels und Novalis, Heines subjektiver Kritik und Oskar Waldes „Kritik als Kunst" schon geschah. Die Gefahr einer urteilslosen unfruchtbaren Stellungnahme überwand schließlich die Kritik, die das immanente Gesetz in jedem einzelnen Werke erlauschte.

Die Persönlichkeit des Kritikers wurde von Dr. Zimmermann dann in treffenden Ausführungen noch umrissen. Als ethische Voraussetzungen muß er vor allem Verantwortlichkeitsgefühl, daneben Vorurteilslosigkeit und den Mut, auszusprechen, was er für Wahrheit hält, haben. Neben den erlernbaren intellektuellen Seiten, die sehr wichtig sind, da sie ihm den Wissensstoff zur Analyse und zum Vergleich bieten, muß er allerdings die angeborene Fähigkeit einer unmittelbaren Erregbarkeit der Kunst gegenüber haben, deren Erleben sich ihm sofort in ein Urteilenmüssen umsetzt. Nur mit der seltenen Schärfe des Blicks und der Frische der Erlebnisfähigkeit wird der Kritiker das Neue recht erkennen, auch im Alten. Dabei darf ihm der „Mut des Fehlens", wie Jakob Grimm es nannte, nicht verloren gehen; er muß sich mit der Tragik, daß Zeiturteile von der Zukunft oft berichtigt werden, abfinden. Dagegen fand Zimmermann edle Worte der Abwehr gegen früher gefürchtete Modekritiker, die in fast verbrecherischer Art, um ihren eigenen Witz und Hohn glänzen zu lassen, schrieben. Die scheinbaren Widersprüche in den Kritiken über die gleiche Sache glaubte der Redner, wenn sie nicht auf wirkliche Unkenntnis und Urteilslosigkeit eines Rezensenten zurückzuführen sind, aus den Verschiedenheiten des Standpunktes, des Wissens und des Temperamentes herzuleiten. Der Standpunkt, der Kritiker solle es doch besser machen als der getadelte Künstler, sei freilich der Standpunkt eines Schusters, der seinem Kunden, wenn ihn ein Schuh drückt, kein Urteil erlaubt, sondern von ihm selbst die Reparatur fordert.

Da sich mit dem Glauben an die ästhetische Erziehungsmöglichkeit des Publikums für den echten Kritiker eine weitgehende Berufsschulung und der Wunsch nach mehr interner Berührung mit dem Theater und den Künsten überhaupt verbindet, so war zum Schluß eine Ideenverbindung mit den erweiterten Aufgaben der neuen Hochschule für Musik und redende Künste gegeben. K. K.

Dresdner Kalender

Theater am 21. Februar. Opernhaus: Die verkaufte Braut (6½). — Schauspielhaus: Flachsmann als Erzieher (6½). — Albert-Theater: Die sieben Tage (8); Im weißen Rößl (7). — Zentral-Theater: Die Cliquosbaronesse (7). — Residenz-Theater: Im Waldmännleins Reich (8); Frau Ministerpräsident (7). — Volkswohltheater: Petrenz-Oper, Der Freischütz (7).

Sonstige Veranstaltungen: Dr. Karl Wolff, Die großen Dulder III, Prometheus—Herakles. Die Stellung der Griechen zu dem Problem des Leidens in ihrem Gegensatz zur jüdischen und indischen Weltanschauung soll an bedeutsamen Symbolen erläutert werden. Künstlerhaus (7). — Sigrid Hoffmann-Onegin, 8. Liederabend. Am Bechstein: Fritz Lindemann. Vereinshaus (7). — Dr. Hanns Martin Elster über: Die Förderung junger Dichter. Adrian Maria Netto, aus eigenen Werken. Frauenklubsaal, Johann-Georgen-Allee 18 (7½). — Sonnabend und Sonntag: Der verlorene Sohn. Ein ernstes Fastnachtsspiel von Burkard Waldis, 1527. Alte Chöre, gesungen vom Singchor der Altstädter höheren Mädchen- und Frauenschule. Leitung: Artur Liebscher. Zum Besten der Zentrale für Jugendfürsorge. König Georg-Gymnasium (4 und 7).

Spielplanänderung: Albert-Theater, Sonntag, Charleys Tante (7).

Der literarische Jahresbericht des Dürerbundes, in Verbindung mit zahlreichen Gelehrten und Sachverständigen zum zehnten Male bearbeitet von Wolfgang Schumann, ist, infolge technischer Schwierigkeiten, später als beabsichtigt erschienen. Das umfangreiche, jedoch leicht übersichtliche Nachschlagewerk bringt neben den üblichen Abschnitten neu kritische Ueberblicke über Pädagogik, Religion, Theologie, neuere Dramen usw. Zum ersten Male auch sind in besonderen Berichten Sozialismus und Sozialisierung behandelt, nicht nur wegen der Ueberfülle der Neuerscheinungen und Neuauflagen auf diesem Gebiet, sondern auch wegen der Bedeutung, die diese Dinge gerade heute haben.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Sonntag den 22. Februar: Altstadt. Liederabend. — Johannstadt. Mit Sang und Klang nach den Felsenleichen, 1½ Uhr Sachsenplatz. — Striesen. Nachmittagswanderung, 1½ Uhr Pohlandplatz. — Neustadt. Tageswanderung, 6½ Uhr am Artesischen Brunnen. — Pieschen. Tageswanderung. — Mickten. Jugendheim. — Trachenberge. Besuch des Kunstgewerbemuseums. — Tolkewitz. Tagestour nach Stolpen, 7 Uhr Wasserwerk. — Löbtau-Plauen. Frühtour, 7 Uhr Kromprinzenapotheke. — Cotta. Nachmittagsbummel. — Naußlitz-Wölfnitz-Gorbitz. Unterhaltungsabend. — Grumbach-Braunsdorf. Frei. — Briesnitz-Leutewitz. Spielabend. — Coschütz-Gittersee. Liederabend. — Deuben-Potschappel. Frei. — Rabenau. Volkstänze. — Loschwitz. Tagestour. — Ottendorf-Okrilla. Besuch der Gruppe Lausa, 2½ Uhr am Bad. — Lausa. Vortrag. — Radebeul. Tageswanderung, 5 Uhr am Forsthaus. — Kötzschenbroda. Frei. — Radeberg. Heidewanderung, 1½ Uhr am Jugendheim. — Hellerau-Klotzsche. Schnitzeljagd, 1 Uhr am Markt. — Coßebaude. Besteigung des [illegible] 8 Uhr Gasthof. — Leuben-Niedersedlitz. Tagestour nach Stolpen, 6½ Uhr Jugendheim.

Sportkartell

Arbeiter-Turn- und -Sportbund. Dresden-N. 22. Februar: Turnfahrt nach Moritzburg. Früh 8 Uhr, Bischofsplatz. — Pieschen. (Fußballabteilung) 21. Februar, 7½ Uhr: Versammlung im Weimarischen Hof. Verbandsspiele am 22. Februar: Pieschen I — Naundorf I, 11 Uhr Kleinnaundorf. Resultat vom 18. Februar: Pieschen I (Jugend) — Zschachwitz II (Jugend) 13:0. — Uebigau. 21. Februar, 6½ Uhr: Vergnügen in Wagles Etablissement. — Zaucherode. 25. Februar (Bußtag), nachm. 3 Uhr: Versammlung mit Vortrag über den Wert des Kinderturnens, im Gasthof. — Briesnitz-Cotta. 21. Februar, 6 Uhr: Spreewaldfest, Concordia. — Rähnitz. 22. Februar, 4 Uhr: Vergnügen im Erbgericht. — Kaditz. 22. Februar, nachm. 3 Uhr: Cotta II — Kaditz I, Hebbelstraße, Cotta. Kaditz I (Jugend) — Naundorf I (Jugend), 9 Uhr, in Tunnersdorf.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200220/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschaftsbewegung

Die Jahresversammlung der Dresdner Transportarbeiter

In der Jahresversammlung der Mitgliedschaft Dresden des Deutschen Transportarbeiterverbandes erstattete der Bevollmächtigte Schuster den Geschäftsbericht. Die Mitgliederzahl ist im vierten Quartal von 9662 männlichen und 1296 weiblichen Mitgliedern auf insgesamt 12 516 Mitglieder gestiegen. Aufgenommen wurden 950 männliche und 366 weibliche Mitglieder. Ausgetreten sind 753 Postarbeiter, aus andern Gewerkschaften 385. Arbeitslos wurden 580 Kollegen, die nur zum kleinen Teil untergebracht werden konnten. Am Schlusse des Quartals waren noch 595 Mitglieder arbeitslos. Die Tätigkeit der Verwaltung war sehr rege. Es gingen ein: 684 Briefe und Karten, 112 Drucksachen und 646 Pakete; Ausgänge waren 1026 Briefe, 1415 Drucksachen und 152 Pakete.

Mit Arbeitgebern wurden 98 Verhandlungen geführt, darunter mit der Oberpostdirektion achtmal, im Kohlenhandel sechsmal, mit der Industriellen Zentrale viermal und noch mit einer großen Anzahl Einzelunternehmer. Die 43 Lohnbewegungen erstreckten sich auf 6527 Beschäftigte in 720 Betrieben. Die Löhne wurden durchschnittlich um 16.50 M. wöchentlich erhöht.

Den Kassenbericht erstattete Richter. Die Gesamteinnahmen mit Kassenbestand vom 3. Quartal betrugen 260 688 M., die Gesamtausgaben einschließlich des Kassenbestandes am Schlusse des Jahres 200 687 M. Der Kassenbestand betrug 104 284 M. Die Verringerung des Bestandes ist in der Hauptsache auf die Weihnachtsunterstützung an die Arbeitslosen (9406 M.) zurückzuführen.

Dann wurde von den Berichterstattern noch ein Rückblick auf das abgelaufene Geschäftsjahr gegeben und hervorgehoben, daß uns das laufende Jahr ebenfalls sehr viel Arbeit bringen wird.

Nach kurzer Debatte über den Geschäftsbericht wurde der Kassierer einstimmig entlastet.

Hierauf wurde das schon wiederholt besprochene Ortsstatut noch einmal vorgetragen, die auf Wunsch des Verbandsvorstandes vorgenommenen Aenderungen gutgeheißen und das Ortsstatut angenommen.

In den Vorstand wurden der Bevollmächtigte, der Kassierer, der Schriftführer, vier Handlungshilfsarbeiter, vier Vertreter des Verkehrspersonals, drei aus dem Transportgewerbe, zwei aus diversen Gewerben und die beiden Abteilungsleiter gewählt. Der Obmann der Revisionskommission nimmt an den Sitzungen der Verwaltung mit beratender Stimme teil. Die alte Revisionskommission wurde einstimmig wiedergewählt.

Unter Verbandsangelegenheiten wurden Klagen über mangelhaftes Kassieren, Nichtzustellung der Fachzeitungen usw. vorgebracht. Die Klagen sind zum Teil berechtigt und in der Hauptsache auf die schnelle, sprunghafte Entwicklung der Mitgliedschaft zurückzuführen. Weiter wurden noch von den Straßenbahnern Klagen laut, daß die Kutscher beim Befahren der Gleise nicht die nötige Rücksicht auf die Straßenbahner nehmen und die Gleise nicht rechtzeitig freiwerden. Von den Vertretern der Kutscher wurde Berücksichtigung zugesagt.

Der Bevollmächtigte machte noch auf die bevorstehenden Wahlen zum Betriebsrätegesetz aufmerksam und ersuchte um rege Beteiligung an diesen Wahlen und um vollzählige Beteiligung an den von den Gewerkschaften veranstalteten Versammlungen und Kursen. Mit dem Ersuchen um rege Mitarbeit auch im laufenden Geschäftsjahre wurde die Versammlung geschlossen.

Die Hausangestellten und der Tarif

Eine öffentliche Versammlung der Hausangestellten fand gestern im großen Saale des Volkshauses statt. Die Begeisterung, die sich in den früheren Versammlungen geltend machte, ist leider sehr abgeflaut; die Versammlung war nur recht mäßig besucht. Arbeitersekretär Mistau referierte über die schlimme Lage der Hausangestellten, Zweck und Ziel des Zentralverbandes der Hausangestellten, sodann über den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses betreffs des Tarifs, den der Verband den Herrschaften vorgelegt. Er charakterisierte die Rückständigkeit der Hausfrauen, die die „Dienstboten" nicht als selbständige Menschen anerkennen wollen. Als besonders reaktionär im Schiedsgericht kennzeichnete er neben einer Frau „Major" Brückner auch die sich auf ihre sozialpolitische Tätigkeit etwas zugute tuende Frau Scheven, die für 14stündige Arbeitszeit eintrat. Der Tarif (der hier in seinen Einzelheiten nicht im Detail aufgeführt werden kann) ist zwar keineswegs unsern Wünschen entsprechend, aber es ist besser, ihn anzunehmen, um wenigstens einen Anfang zu machen und mit einem Teile der Hausfrauen ins Einvernehmen zu gelangen. Er wird später weiter zu verbessern sein. — Nachdem Redner noch die beabsichtigte Heimchen-Organisation geschildert und die höheren Gehälter, die man jenem Streikbrecherverein bewilligte, vorgetragen, kommt er zu dem Schlusse, daß nur die Verbreitung der Organisation und unausgesetzte Arbeit in dieser die Lage der Hausangestellten verbessern können. Das ideale Ziel freilich sei, den Stand für persönliche Bedienung ganz abzuschaffen. (Die gelegentliche geschmacklose, von Gehässigkeit zeugende Bemerkung über die Reichswehrsoldaten hätte er sich wirklich schenken können.) In der Debatte wurde festgestellt, daß beim Zentralarbeitsnachweis 500 offene Stellen angemeldet seien, daß die Hausangestellten also gar keine Ursache hätten, sich für allzugeringen Lohn zu verschleudern. Beschwerde wurde gegen die Anordnung des Demobilmachungskommissars geführt, daß jüngere Industriearbeiterinnen keine Arbeitslosenunterstützung mehr erhalten; sie sollen einen Ausbildungskursus nehmen, um dann den Lohn der Hausangestellten zu drücken. — Es wurde empfohlen, sich bei Neubestellungen nicht an Gesindevermieter, sondern an den städtischen Arbeitsnachweis zu wenden.

Die Dresdner Versicherungsangestellten gegen die Organisationszersplitterung

Die im Zentralverband der Angestellten organisierten Versicherungsangestellten Dresdens hatten kurz ich eine starkbesuchte Versammlung ab, in der der Verbandsvorsitzende Giebel, Berlin, einleitend über den Streik, die Reichs-Tarifvertragsverhandlungen und das Verhalten der Leipziger Kollegen berichtete. Der Bericht fand den angetellten Beifall sämtlicher Versammelten, die einstimmig erklärten, daß sie die Haltung des Verbandes in der gegenwärtigen Tarifvertragsbewegung gutheißen. Sie erblicken auch heute noch im Zentralverband der Angestellten ihre geeignete Interessenvertretung, lehnen alle Zersplitterungsbestrebungen, die nur den Arbeitgebern zugute kommen können, entschieden ab und bedauern entschieden die Gründung einer neuen Organisation der Versicherungsangestellten. — Die Versammelten lehnen die Zumutung entschieden ab, sich unter den mit dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände abgeschlossenen Reichstarif, der völlig ungenügend ist, stellen zu lassen. Sie erwarten, daß kein Versicherungsangestellter den Revers über Anerkennung dieses Tarifes unterzeichnet; sie vertrauen ihrer zuständigen Organisation, dem Zentralverband der Angestellten, daß er mit aller Energie an der baldigen Schaffung eines sachkundigen und ausreichenden Reichstarifes weiterarbeitet und auf schnellsten Abschluß dringt.

Neue Bücher

Moissi und Heines Polizei. Im Feuilleton der Freiheit steht eine Skizze über eine Vorlesung Alexander Moissis in der Singakademie: „Bis auf den letzten Platz ist der weite Raum gefüllt. In den Gängen und an den Türen stehen Schutzleute. Alexander Moissi liest, der in Hamburg von deutschnationalen Pöbel verhindert wurde, Goethe zu lesen ... Moissi liest. Könnte er auch lesen, wenn die Schutzleute nicht hier wären?" — Nein, das könnte er nicht, und eben deshalb muß man gelegentlich auch Freiheit und Kultur durch Schutzleute schützen. Die Freiheit wird das in Zukunft hoffentlich besser begreifen als bisher.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Briesnitz.
Druck und Verlag: Laden u. Komp., Dresden.

Tymians Thalia-Theater Anfang 7 Uhr
Täglich: Zwangseinquartierung.
Sonntags 2 Vorstellungen um 3 und 7 Uhr.

Fleischversorgung im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt einschließlich der Stadt Radeberg.

Für die Woche vom 16. bis mit 22. Februar 1920 erhalten auf die Reichsfleischkarte Reihe „D"

Personen über 6 Jahre auf die Reichsfleischmarken 1—10
150 Gramm Rindfleisch bzw. Wurst
75 Gramm Schweinefleisch bzw. Kunstspeisefett.

Personen unter 6 Jahren auf die Reichsfleischmarken 1—5
75 Gramm Rindfleisch bzw. Wurst
75 Gramm Schweinefleisch bzw. Kunstspeisefett.

Der Preis beträgt für das Pfund

Rindfleisch	3.40 M.
Wurst	3.50 M.
Schweinefleisch	6.00 M.
Kunstspeisefett	8.10 M.

bei Abgabe an die Verbraucher.

Abschnitt 3 der Lungenkrankenkarte wird in dieser Woche mit

125 Gramm Butter oder Margarine

beliefert.

Der Abgabepreis an die Verbraucher beträgt für

Butter in den Milchversorgungsgemeinden	14.45 M.	für das Pfund.
„ „ Landgemeinden	14.30 M.	
Margarine in den Milchversorgungsgemeinden	8.84 M.	
„ „ Landgemeinden	8.52 M.	

Dresden-Neustadt, den 19. Februar 1920.

121 Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt.

Verteilung von Milchsüßspeise.

§ 1. Auf Ausweis „A15" der Lebensmittelkarte (15. Februar bis 13. März 1920) wird

ein Päckchen Milchsüßspeise

verteilt.

§ 2. Krankenhäuser und Kliniken erhalten beim Medizinalbezirk für Kranke aus dem Zivilstande Bezugsscheine über je ein Päckchen Milchsüßspeise für jedes belegte Bett.

§ 3. Die Ausweise und Bezugsscheine sind in einem Kleinhandelsgeschäft **am 20. oder 21. Februar 1920** anzumelden und vom Geschäftsinhaber in der bisherigen Weise aufzubewahren und verwackt der zuständigen Meldestelle **am 23. oder 24. Februar 1920** abzugeben. **Nachmeldungen sind ausgeschlossen.**

§ 4. Als Meldestellen sind eingerichtet:

a) für die Großbetriebe des Kleinhandels, die Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhändler m. b. H. in Dresden und die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdner Kolonialwaren- und Produktenhändler in Dresden **die wiederholt bekanntgegebenen Stellen,**

b) im übrigen die Firmen:

Holm Janowe, Johannesstr. 2
Weber & Warmuth, Friedrichstraße 19
F. Aug. Hertel, Pirna-Allee 21
Rich. Nauitz Nachf., Albertbrücke 14
Alfred Rösler, Zirkusstr. 12
Hugo Schönberg, Wettinstraße 30
Artur Eissner, Ludwigstraße 5
Georg Pohle Nachf., Steinstraße 9
Schlegel & Dreher Nachf., Bautzner Straße 3.

§ 5. **Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 28. Februar 1920** erfolgen.

§ 6. Der Preis ist den Päckchen aufgedruckt.

§ 7. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 bestraft. Die Bestimmungen in § 8 der Bekanntmachung vom 31. März 1919 bleiben in Kraft. [1634

Dresden, am 19. Februar 1920. **Der Rat zu Dresden.**

Pirna. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des unterzeichneten Rates vom 16. August 1919 wird nochmals darauf hingewiesen, daß Abschrift der Verzeichnisse über diejenigen Personen, welche von Gewerbetreibenden oder Auftraggebern **Hausarbeit** übertragen wird oder durch welche außerhalb der Arbeitsstätte des Gewerbetreibenden die Uebertragung erfolgt, **spätestens am 15. Februar** bei der unterzeichneten Stelle einzureichen sind. Die hiernach verpflichteten Arbeitgeber und Auftraggeber in der Stadt Pirna, welche Abschrift des Verzeichnisses jetzt noch nicht eingereicht haben, werden hiermit aufgefordert, dies unverzüglich **binnen einer Woche** nachzuholen; im weiteren Verzugsfalle wird die in § 10 des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 angedrohte Strafe (bis 30 M. evtl. 3 Tage Haft) gegen die Säumigen verfügt werden. [b 253

Nähere Auskunft wird im Rathaus, 2. Obergeschoß, Zimmer 6, erteilt.

Pirna, am 18. Februar 1920. **Der Rat der Stadt,** Gewerbeamt.

Verlag Kaden & Comp., Dresden

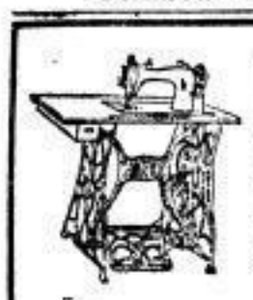
Das Betriebsrätegesetz

nach den Beschlüssen der Nationalversammlung in dritter Beratung

nebst Wahlordnung.

Preis: 1.— M.

— Zusendung per Kreuzband 10 Pf. Porto. —
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung und ihre Filialen.



Der glänzende Ruf der
Naumann-Nähmaschine
geht über die ganze Erde.
Ueber 3 Millionen im Gebrauch!
Karl Winkler G. m. b. H.
Hauptniederlage Seidel & Naumann
Struvestraße 9 und König-Johann-Straße 18.
Verlangen Sie kostenfrei unsere Preisliste.
Fernsprecher 13283. [s 345

Mutterschaft — welch ein Glück —
wenn die Mutter gesund und kräftig ist, durch den Genuß von
Dr. Oetker's Eiweiß-Nahrung
Urkraft

Ärztlich empfohlen.
Zu haben in Schachteln à 100 g, Preis M 3.— in Apotheken u. Drog., wo nicht, wende man sich an
Trocknungswerke Oetker & Co. GmbH. Bielefeld.

1000.— M. Belohnung
zahlen wir demjenigen für Mitteilungen, die zur Ermittlung des Täters und zur Herbeischaffung der und in der Nacht vom 18. zum 19. Februar gestohlenen vier Treibriemen führen.
Es sind entwendet worden:

1 Riemen	5800 mm	lang,	60 mm	breit,	7 mm stark
1 „	7300 mm	„	65 mm	„	7 mm „
1 „	8300 mm	„	65 mm	„	7 mm „
1 „	6500 mm	„	85 mm	„	7 mm „

Verschwiegenheit wird zugesichert.
Gebr. Barnewitz
Dresden-Altstadt, Falkenstraße 22.

Jedem Höchstgebot biete die Spitze!
Kaufe sämtliche
Altmetalle:
Messing, Kupfer, Blei, Zinkgeschützpreile, Zinn, Zinnkrüge, Teller usw. 45—65 M. per kg, Quecksilber 60—70 M. per kg.
Frauenstraße 12, I.
gegenüber Klepperbein.

Kinderwagen, gut erh., zu kauf. gesucht. Göbel, Gambrinusstr. 16, I.

Haut- und Harnleiden
h. Männer u. Frau. bes. Wäntig, Terekstraße 68, I. (nahe Carolahaus). Sprechzeit: 1—4 Uhr, abends 6—7 Uhr. 27jähr. Praxis.
Früh tätig bei Generalarzt Dr. St. [m 16

Geschäftsbücher
für alle Zwecke
in bekannt guter Ausführung
Saubere Linierungen
Beste Papiere
Solide Einbände
Kaufen Sie bei
M. & R. Zocher
Annenstraße 9.

Trauringe per Paar
Schmid. Rinaskenst. 1

Achtung! Achtung!
Kein echter Zahn unter 20 M.
(Knopfstifte die Hälfte).
Ganze Gebisse bis 3500 M.
Brennstifte bis 300 M.
Platin in jeder Form gr 280 M.
Albrechtstr. Nr. 18, II. **Gutter** Albrechtstr. Nr. 18, II.
Fernruf 10 043.
Straßenbahnlinien 2, 19, 21, 22, 23, 26. [s 344

Spülapparate
Mutterspritzen, Spülkannen, Schlauche, Unterlagen, Leibbinden, Vorfallbinden, Frauentropfen „Curol", Ersatzstelle, sanitäre Frauenartikel.
Frau Heusinger, Am See 37.

27 Achtung! 27
Den höchsten Tagespreis erhalten Sie für
Gebisse, einz. Zähne, Platin,
(auch n. Gramm), Tiegel, Brennstifte (auch von Händlern u. Dentisten), Uhren, Ketten, Ringe und Brillanten sowie
alles Gold und Silber
27 Pimsler, Landhausstrasse 27
Achten Sie genau auf Firma und Nr.

Die Volksschule als Einheitsschule
von Dr. Max Apel.
Preis 1 Mark.
Zu haben in der Volksbuchhandlung Wettinerplatz und in allen Filialen.

Zinnwärmflaschen bis 150 Mark
und andre Zinngegenstände — hohe — Preise kauft
Schönherr, 52 Pillnitzer Str. 52.

Zinn 75 M. für 1 kg
Kupfer b. 22.00
Messing „ 13.50
Blei „ 8.00
Zink „ 6.50
eventuell mehr. [1477
Ueberbiete jedes Angebot.
Fani Graf geb. Drälich
Amalienstr. 24, Et.
Fernsprecher 13 159.

Kein Zahn unter M. 18.75
mit Platinstiften, Knopfstifte die Hälfte.
Platin in jeder Form 250 M.
Quecksilber bis 60 M.
Zinn 40 M., Kupfer, Messing
Zink, Blei, Stanniol [1487
Kleider, Wäsche, Möbel.
Zahle die höchsten Tagespreise!
Fisch, Marschallstraße 18 im Möbelgeschäft.

Leim wird pfundweise gekauft Pirnaer Str. 31, I. [1449

Schellack wird pfundweise gekauft Pirnaer Str. 31, I. [1448

Altblei und Zinn
kauft zu höchsten Preisen, auch größere Quantitäten
Nierlein, Görlitzerstr. 34
Fernspr. 17 108. [1 1028

Felle, Häute
Lassen Sie sich nicht durch unlauter, törichte Reklame, wie „Fabelpreise" usw. von der Konkurrenz bei irren. Unser lange Jahre bestehendes Geschäft bürgt für strenge Reellität.
Ueberzeugen Sie sich von der Wahrheit.
Wir zahlen die erdenklich höchsten Preise.
Ziegen- u. Bockfelle Stück 150 M.
Kaninfelle, tr. Kilo 60 M.
Hasenfelle . Stück 22 M.
Rehfelle . . Stück 70 M.
Katzenfelle . Stück 35 M.
Kalbfelle, o. K., roh Kilo 55 M.
Schaffelle, o. K., roh Kilo 24 M.
Rindshäute, o. K., roh Kilo 28 M.
Fuchsfelle . . bis 500 M.
Marderfelle bis 1100 M.
Iltisfelle . . bis 250 M.
Mauliwurffelle b. 10 M.
Schaffelle, Kilo b. 600 M.
Roßhaare und Mähne, Höchstpreise. [1253
Händler und Schlächter hohen Rabatt.
Felle-Einkaufsstelle
Nur Frauenstrasse 12, I.
Schräglicht Klepperbein.
Tägl. v. 9—6 Uhr geöffnet.

Altblei
Kilo 8.50 M., kauft
Gerwerk, Oberlausitzerstraße 1

Einkauf u. Tausch
von
Musikinstrumenten
aller Art und von Violinen
Otto Friebel
Ziegelstraße 13. [1 889

Gute Damen-
Mäntel, Kostüme, Mantelkleider sowie
Herren-Anzüge,
Knabenmäntel, auch auf Teilzahl. zu verk.
Wagner & Comp.
Schreiberstr. 28, I. [1 343

Gutgehende
Taschen-Uhren
billig zu verkaufen
Töpferstr. 1, I.
C. Kreidl. [s 293

Herrenstoffe!
Reste, verwendbar für Anzüge, sehr preiswert [s 435
Eisenhardt
Marschallstraße 18, I.

Karbid [1 130
Lampen u. Laternen in reicher Auswahl. Karbid jd. Menge liefert.
Otto Graichen
Trompeterstr. 15
Zentraltheater-Passage.

Siphagol
Zahnsteinlösende überfettete ZAHN-PASTA
Chem. Labor Co-Li. DRESDEN-A.

Kinderklappstuhl und Sportwagen zu verk. Trachauer Str. 19, II. r.

Bled. Kinder- u. Klappwagen zu verk. Oppellstr. 14, I. r.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200220/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG